

1955-1995 40 JAHRE BONN-KOPENHAGENER ERKLÄRUNGEN



BEKANNTGABE der Bonn-Kopenhagener Erklärungen beim Abendempfang am 29. März 1955 in Bonn: Staatsminister Hans Christian Hansen (2.v.l.), dänischer Botschafter Frants Hvass (3.v.l.), Direktor des dänischen Außenministeriums Nils Svenningsen (4.v.l.), deutscher Botschafter Georg Ferdinand Duckwitz (Mitte, hinten), Staatssekretär Prof. Walter Hallstein (3.v.r.), Bundeskanzler Konrad Adenauer (2.v.r.), schleswig-holsteinischer Ministerpräsident Kai-Uwe von Hassel (r.)
(Foto: Bundesbildstelle, Bonn)



Motivgleiche deutsche und dänische Briefmarken zum 30. Jahrestag der Bonn-Kopenhagener Erklärungen. Ihre Herausgabe erfolgte am 21. Februar 1985



40 JAHRE BONN-KOPENHAGENER ERKLÄRUNGEN

An einem Freitag um 15.15 Uhr in Paris

Der historische Meilenstein vom 29. März 1955: Die Interessen-Parallelität zwischen Adenauer und H. C. Hansen

Am 29. März begehen die beiden Minderheiten und die Regierungen in Bonn, Kiel und Kopenhagen im alten historischen Ständesaal zu Schleswig den 40. Jahrestag der Bonn-Kopenhagener Minderheitenerklärungen. Daß es die beiden Außenminister – der dänische Niels Helveg Petersen und sein deutscher Amtskollege Klaus Kinkel – sein werden, die am Mittwoch die Festreden halten, ist kein diplomatischer Zufall, denn die Erklärungen wurden 1955 von den Regierungschefs Konrad Adenauer und H. C. Hansen unterzeichnet, die damals beide gleichzeitig Außenminister waren. Sowohl für Deutschland als auch Dänemark hatte die Lösung der Schleswig-Frage, die mehr als 100 Jahre zu Konflikten und Spannungen geführt hatte, außenpolitisch große Bedeutung. Es war das letzte Mal, wo sich die internationale Politik mehr oder weniger über die innenpolitischen Bedenken beider Seiten durchsetzte und damit – damals auch teilweise gegen den Willen beider Minderheiten – neue Rahmenbedingungen für das Grenzland schuf, die sich später als entscheidendes Element auf dem Wege zur Befriedung zwischen Deutschen und Dänen erwiesen.

Dänemark trat 1949 der NATO bei, nachdem die bisherige Doktrin einer (militärisch zu schwachen) Neutralitätspolitik aufgegeben und der Traum einer nordischen Verteidigungsgemeinschaft zerplatzt war. Norwegen hatten sich frühzeitig für den amerikanischen NATO-Schirm entschieden, und Dänemark suchte Schutz vor dem großen Nachbarn im Süden, der in den fünf dunklen Jahren von 1940-1945 das Land besetzt gehalten hatte und von dem man ja nicht wußte, wie sich das am Boden zerschlagene Deutschland wieder erheben würde – ob nun wiedervereinigt oder nicht.

Die dänische Regierung hatte am 31. Januar 1947 in einem Memorandum an die Alliierten von einer deutschen Wiederbewaffnung scharf Abstand genommen.

Die dänische Regierung geht davon aus, daß effektive Maßnahmen getroffen werden, um zu verhindern, daß die deutsche Jugend wieder militärisch ausgebildet wird... Dänemark hat besonderes Interesse, daß der deutsche Militarismus für immer verschwindet. Die großpolitische Wetterlage stand jedoch auf Sturm. Als von dänischer Seite nach 1945 an der Grenze von 1920 gerüttelt wurde, hatte der Unterstaatssekretär im britischen "Foreign Office", Lord Henderson, die dänischen Regierungsvertreter 1948 in London darauf hingewiesen, es sei "nicht länger möglich, die provinzielle (Minderheiten-) Frage isoliert von der Welt zu sehen". Er wies auf die militärstrategische wichtige Ostsee-Platzierung Dänemarks und auf die neuen Gefahren aus dem Osten hin. Amerikaner und Briten erkannten frühzeitig die Notwendigkeit, Deutschland in das westliche, demokratische Bündnis einzubeziehen. Die Briten wußten seit dem Moskauer-Besuch ihres Außenministers Anthony Eden im Dezember 1941, daß Stalin Ostpolen und das Baltikum nicht wieder herausgeben wolle und weitergehende Pläne für den Balkan und die dänischen und türkischen Meerengen hegte. Nach

Ausbruch des Korea-Krieges 1951 setzte auch das Folkeeting neue Signale, hieß es in einem Beschluß, "daß auch deutsche Truppen an der Errichtung einer gemeinsamen europäischen Verteidigung beteiligt werden sollen".

Bereits im Mai 1952 war in Bonn ein Vertrag zwischen der Bundesrepublik und den drei Mächten abgeschlossen worden, der ein vereintes Deutschland als Ziel hatte und gleichzeitig mit der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) in Kraft treten sollten. Ende August 1954 lehnten die Franzosen den EVG-Vertrag ab, weil sie die Bedrohung durch die Sowjets damals geringer einschätzten als die Partner. Nun wurde statt dessen überlegt und in Aussicht genommen, Deutschland in die NATO aufzunehmen, womit auch die Besatzungszeit als beendet angesehen und die Bundesrepublik ihre – danach nur eingeschränkte – Souveränität erhalten sollte.

Das Verhältnis zu Deutschland war für Dänemark in den Jahren nach 1945 die entscheidende (innen-) und außenpolitische Frage. Es galt unter den veränderten weltpolitischen Bedingungen des kalten Krieges ein neues Verhältnis zum Nachbarn aufzubauen. Da gab es nach 1945 zunächst nur wenige deutsch-dänische Kontakte; eine der ersten Spuren zu den späteren Bonn-Kopenhagener Minderheitenerklärungen führt ins schweizerische Caux, wo die Moralische Aufrüstung ("Moral Re-Armament") im "Mountain House" ihr Zentrum hatte. Sie war als Oxford-Bewegung 1921 vom lutherischen US-Pastor Frank Buchmann gegründet worden und hatte vier moralische Gebote: Ehrlichkeit, Reinheit, Uneigennützigkeit und Liebe. In Caux waren u.a. auch Konrad Adenauer und der Konservative Ole Bjørn Kraft – und gleich mehrfach der dänische Staatsminister Knud Kristensen, der am 4. November 1947 wegen seiner revisionistischen Südschleswig-Politik (von den Radikalen) gestürzt worden war. "A er væk",

Die Spuren aus dem "Mountain House"

teilte Kristensen mit, ohne daß seine Minister wußten, wo er heimlich untergetaucht war: in Caux! Eine Spur führte via Caux nach Cochem, einer Stadt im Moseltal zwischen Trier und Koblenz. Dies hat 1962 der damalige Bonner Korrespondent von "Jyllands-Posten", Karl Christiansen, dankenswerterweise nachrecherchiert. In Caux waren nach 1945 erstmalig auch Persönlichkeiten des bürgerlichen Deutschland eingeladen, um mit anderen ausländischen Gästen zusammenzutreffen. Unter ihnen befand sich der damals 37jährige CDU-Politiker Willy Massoth (1911-1978), von 1949 bis 1957 CDU-Bundestagsabgeordneter und von 1957 bis 1969 Bürgermeister von Cochem. Er lernte in Caux den Journalisten F. Weltmann aus Kopenhagen kennen, der in den 30er Jahren als Jude Deutschland verlassen und in Dänemark Zuflucht gefunden hatte. Weltmann, der später zum Katholizismus konvertierte, war inzwischen dänischer Staatsbürger, Herausgeber eines Pressedienstes und Anhänger des konservativen Außenministers Christmas Møller, der nach 1945 für eine "Die Grenze-

liegt-fest-Politik" eingetreten war. In Massoth lernte er das "andere Deutschland" kennen; Massoth war Mitbegründer der Jungen Union in Hessen und saß wegen seines Widerstandes gegen die Nazis vorübergehend in Gestapo-Schutzhaft. Weltmann versuchte die Süddeutschen Massoth für die "Nordfrage" zu interessieren, ausgehend von der Einschätzung, daß die zugespitzte Grenzland-Frage eine Initiative von schleswig-holsteinischen CDU-Politikern ausschloß. Der Weg zur Entspannung führe auch für die CDU über

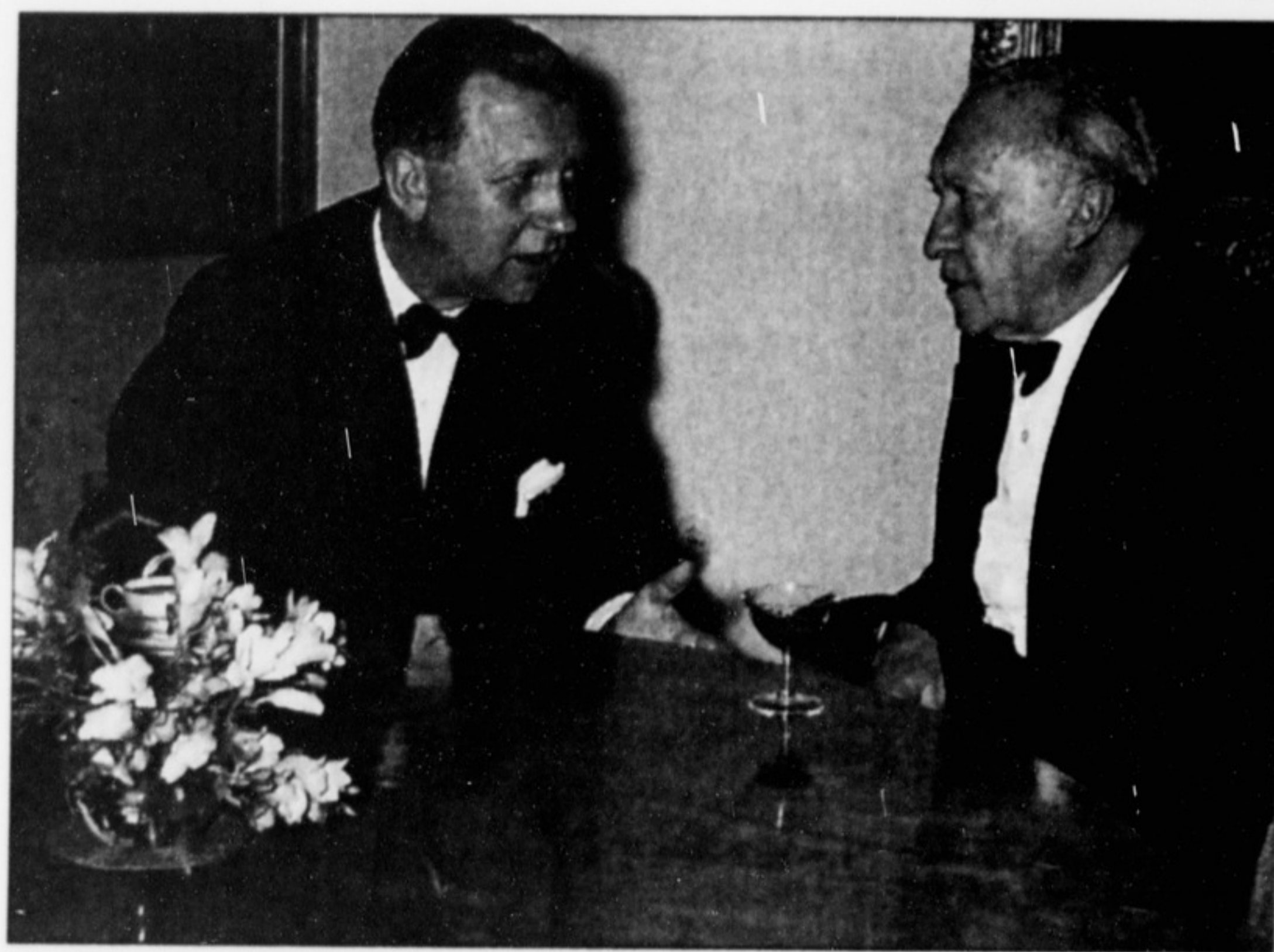
Staats- und Außenminister Hans Christian Svane Hansen (Vorgänger Hans Christian Hedtoft-Hansen, seit 1946 auf das Hansen verzeichnend, war am 29. Januar 1955 nur 51jährig in einem Stockholmer Hotelbett tot aufgefunden worden) unterstützt vom norwegischen Außenminister Halvard Lange erklärt, es falle Dänemark schwer, eine deutsche NATO-Mitgliedschaft zu unterstützen, solange die Südschleswig-Frage nicht geklärt sei. Zu vor hatte das Folkeeting (auf Drängen der nordschleswigschen Venstre-Abgeordneten

von Hassel für eine Lösung einsetzen.

In der nüchternen Sprache eines amtlichen Protokolls hieß es: "15.15 Uhr. Sitzung des NATO-Rats unter Hinzuziehung von deutschen Beobachtern. Einstimmiger Beschluß, die Bundesrepublik in die NATO einzuladen. Der Beschluß ist in den einzelnen Mitgliedsstaaten ratifizierungsbedürftig."

Adenauer dazu in seinen

Erinnerungen: "Die Aufnahme der Bundesrepublik in die NATO, die Aufnahme des früheren Feindstaates in diese größte Verteidigungs-



Zwei Staatsmänner im Gespräch: Konrad Adenauer mit H. C. Hansen am 29. 3. 1955 in Bonn

Südschleswig, vermerkte Massoth, der im Mai 1953 als erster deutscher Politiker in Kopenhagen sprach. Im "Academicum Catholicum" lautete sein Vortragstitel "Christentum und Politik", doch das Interesse der Zuhörer galt der Südschleswig-Frage. Nun vermittelte Massoth ein Gespräch zwischen Weltmann und den CDU-Spitzen Heinrich von Brentano und Heinrich Krone, die eine Konferenz über das deutsch-dänische Verhältnis unterstützten – ebenso wie in Kopenhagen der konservative Folketingsabgeordnete Karl Bøgholm (1889-1976). Die Konferenz fand am 6. Juli 1954 in Bonn statt; Kanzler Adenauer, der 1951 in Bonn den dänischen Außenminister Ole Bjørn Kraft begrüßt hatte, war eingeweiht, nahm selbst teil, empfing aber am Tage danach Massoth, Bøgholm und Weltmann. Teilnehmer an der Konferenz waren auf CDU-Seite u.a. der spätere Bundeskanzler Kurt-Georg Kiesinger (der über den Europarat Kontakte hatte zum Radikalen Hermod Lanung), von Brentano (der am 7. Juni 1955 Adenauer als Außenminister ablöste), der Flensburger Bundestagsabgeordnete Will Rasner und Massoth. Beobachter war u.a. auch Legationsrat Dr. Jansen aus dem Auswärtigen Amt.

Zwar gab es bereits seit 1949 die Kieler Erklärung zugunsten der dänischen Minderheit und das Kopenhagener Protokoll zugunsten der deutschen Minderheit, aber als am 12. September 1954 der SSW bei den Landtagswahlen mit 42.242 Stimmen an der Fünf-Prozent-Sperrklausel scheiterte, wählten Schmidt-Oxhöll mit 9.721 Stimmen dem Folkeeting angehörte, gab es Protest-Stürme auf dänischer Seite. Just da fiel die Minderheiten-Frage nach oben – aufs internationale Parkett. Während einer NATO-Ratsitzung am Freitag, 22. Oktober 1954, in Paris hatte

Jørgen Gram und Fr. Heick am 19. Oktober den Außenminister mit 133:22-Stimmen bei sechs Enthaltungen aufgefördert, in Paris "die Zustimmung zur Aufnahme Deutschlands in das westliche Verteidigungsbündnis mitzuteilen, zugleich aber auf der NATO-Ratsitzung die dänischen Gesichtspunkte über die Interessen der dänischen Südschleswiger vorzutragen". Sozialdemokraten, Konservative (Bjørn Kraft) und Venstre (Thorkild Kristensen) hatten den Antrag gemeinsam eingebracht und verabschiedet; damals praktisch als stille Nordatlantikkpakt-Koalition, denn es ging in erster Linie um dänische Sicherheitspolitik. Von Vorteil war dabei, daß Oppositionsführer Kraft auch Kontakte zum Bundesminister Heinrich Hellwege unterhielt, der ebenfalls zur moralischen Aufrüstung gehörte. Kraft traf Hellwege 1955 in Hamburg, hatte vorher von H. C. Hansen grünes Licht bekommen. Hansen sollte – so der Auftrag des Folketings – deutlich machen, "daß als Voraussetzung für die dänische Zustimmung zur Aufnahme der Bundesrepublik in das demokratische System betrachtet werden muß, daß man von west-

Dänisches Junktim

deutscher Seite Demokratie gegenüber der dänischen Minderheit praktiziert". Eine Art von Gegenseitigkeit, Junktim, zwischen Ja zur NATO und Rechten für die dänische Minderheit. Vor diesem Hintergrund kam es zum Pariser Korridorgespräch zwischen H. C. Hansen und Konrad Adenauer (1876-1967), der als Beobachter teilgenommen hatte. Adenauer äußerte Gesprächsbereitschaft in der Sperrklausel-Frage und erklärte anschließend vor Journalisten, er werde sich gemeinsam mit dem neuen schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Kai-Uwe

organisation der freien Völker, war ein Ereignis für uns Deutsche, das mich tief bewegte. Die Bundesregierung erkannte mit großer Dankbarkeit an, daß sämtliche Regierungen der Staaten des Nordatlantikkpakt dieses Schritt vorbehaltlos vollzogen."

Vorbehaltlos? Weltmann besuchte von Hassel, und Anfang 1955 gab von Hassel seinem Landesbevollmächtigten in Bonn Anweisung, Kanzleramtchef Globke mitzuteilen, die Kieler Regierung "habe positives Interesse an einer ruhigen Entwicklung im Grenzland". Anfang Januar kam Rasner, der noch im Dezember 1954 im Bundestag eine von dänischer Seite kritisierte Rede gehalten hatte, nach Kopenhagen. Er war bis zu seiner ersten Wahl 1953 in den Bundestag stellv. Chefredakteur des "Flensburger Tageblatts" und brachte nun einen ersten Entwurf für eine deutsch-dänische Minderheitenerklärung mit. Rasner unterstrich, er habe kein Mandat des Bonner Auswärtigen Amtes, das sich bedeckt halten wolle, bis Gewißheit über Chancen für eine deutsch-dänische Verständigung bestehe. Rasner, sein konservativer Folketingskollege, Bøgholm, ebenfalls Redakteur, und Weltmann nahmen noch gewisse Änderungen vor, doch am 15. Januar konnte Bøgholm, der H. C. Hansen und andere dänische Spitzenpolitiker vertraulich informiert hatte, Rasner inoffiziell mitteilen, Dänemark sei jetzt zu konkreten deutsch-dänischen Verhandlungen bereit. Daß Rasner großen Anteil am Zustandekommen hatte, bescheinigte ihm später auch der dänische Verhandlungsführer, Nils Svenningsen, Departementchef des dänischen Außenministeriums. Der Historiker Viggo Sjøqvist bemerkt in seinem kürzlich erschienenen Svenningsen-Porträt, Rasner sei im Auftrage Adenauers als

Vermittler ("udsending") nach Kopenhagen gekommen und habe mehrere Vorschläge zu einer Lösung mitgebracht – u.a. auch die Idee zweier einseitiger, unabhängiger Erklärungen über die Minderheiten-Rechte; das Ei des Kolumbus! Der spätere parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion starb 51jährig 1971 in Flensburg.

Bonn und Kopenhagen hatten gemeinsame außenpolitische Interessen: von Hassel hat zwar die völlige Einigkeit mit Adenauer unterstrichen, zugleich aber darauf hingewiesen, daß Bonn die Probleme "aus der Ferne nicht mit der Präzision und Tagesschärfe wie wir hier sah"; gemeint war die starke dänische Kulturoffensive noch mit grenzüberschreitenden Elementen. Mit anderen Worten: Adenauer wollte um jeden Preis den NATO-Beitritt der Bundesrepublik, sie hatte entscheidende internationale Bedeutung für Adenauer zu einem Zeitpunkt, da das Verhältnis zu den anderen Nachbarn (Frankreich, Holland und Belgien) noch im argen lag. Eine deutsch-dänische Lösung bahnte deshalb nicht nur den Weg für die deutsche NATO-Mitgliedschaft, sondern brachte auch eine Aufwertung der Bundesrepublik gegenüber den anderen westlichen Ländern, konnte sie doch so beweisen, daß das neue Deutschland seine ehemaligen Gegner gut und demokratisch behandelt.

"Es fiel eine Apfelsine in den Turban von H. C. Hansen", schrieb Paul Hammerich über die damalige Situation, in der sich das Gespann Hansen/Svenningsen als Glücksfall für Dänemark erwies. Svenningsen war während der Besatzungszeit nach dem 29. August 1943 als beamteter Leiter des Außenministeriums nicht unumstritten verantwortlich für die sog. Departementchef-Regierung, die mit Werner Best bis Kriegsende verhandelt hatte. 1953 war die V-K-Regierung Erik Eriksens mit dem konservativen Außenminister Ole Bjørn Kraft zurückgetreten und durch eine sozialdemokratische Minderheits-Regierung abgelöst worden. Das Verhältnis zwischen Kraft und Svenningsen war belastet, weil Kraft September 1944 (vergeblich) den Rücktritt der Departementchef-Regierung Svenningsens gefordert hatte. Hansen und Svenningsen waren sofort auf gleicher Wellenlänge. Dem Aristokraten Svenningsen imponierte der aus Århus stammende Typograph. Für Svenningsen war Hansen ein Mann der Realitäten und "der erste Sozialdemokrat, der sich international für Dänemark Geltung verschaffte". Hansen – ausgezeichnet deutsch sprechend, er hatte wie Hedtoft an einem Halbjahreskurs der thüringischen Volkshochschule Tinz teilgenommen – wußte als neuer Chef einer sozialdemokratischen Minderheits-Regierung (seit dem 1. 2. 1955) um die innenpolitischen Gefahren: Hunderttausende – unter ihnen viele ehemalige Widerstandskämpfer – demonstrierten auf dem Schloßplatz vor Christiansborg gegen die deutsche Wiederbewaffnung. Und die Freunde in der SPD waren wegen der Hoffnung auf Wiedervereinigung gegen die deutsche NATO-Mitgliedschaft. Am 15. Dezember hatte der SPD-Vorsitzende

Erich Ollenhauer in der Bundestagsdebatte erklärt: "Das Kernstück der Pariser Verträge bildet die Aufrüstung der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen ... des Nordatlantikkpakt." Die SPD betonte immer wieder, "daß die Bundesrepublik nicht Mitglied der NATO werden dürfe, weil das eine Provokation für Rußland bedeute, weil Sowjetrußland dann niemals mit uns den anderen Mächten über die Wiedervereinigung verhandeln würde".

In einer Resolution warfen dänische Werftarbeiter den führenden Sozialdemokraten u.a. vor, "in Dänemark rasend zu kämpfen, um dem widerstrebenden westdeutschen Volk und seiner Jugend wieder Waffen in die Hände zu drücken". Höchste Alarmstufe bei den dänischen Sozialdemokraten. SPD-Hauptvorstandsmitglied Heinrich Albertz, damals niedersächsischer Sozialminister, später Regierender Bürgermeister von Berlin, fragte bei den dänischen Genossen an, ob er auf einer Kopenhagener Veranstaltung dänischer Freun-

H. C. Hansen und die SPD

de gegen die deutsche Wiederbewaffnung sprechen dürfe. Der Generalsekretär der dänischen Sozialdemokratie, Oluf Carlsson, schickte ihm am 9. November 1954 folgendes Telegramm, das in "Arbejderbevægelsens Bibliotek og Arkiv" in Kopenhagen zu finden ist: "Wird abgeraten – stop – genannte Kreise sind verschiedener Art und werden gegen die Partei ausgenutzt." Zwei Tage später fügte er brieflich hinzu: "Wir wissen ja, daß die sozialdemokratischen Parteien in Europa nicht alle einig sind auf dem Gebiet, worum es sich hier dreht. Die dänische Sozialdemokratie ist für den Atlantik-Pakt und für die Lösung betreffend Westdeutschland, die jetzt zustande zu kommen scheint."

Gleichzeitig gab es sehr enge Kontakte zwischen H.C. Hansen und der schleswig-holsteinischen SPD; so hatte Kiels OB Andreas Gayk Hedtoft schon 1952 eine gemeinsame Erklärung beider Parteien ("Frieden und Freundschaft auch an der Grenze") vorgeschlagen. Für die Kontakte sorgte der langjährige Geschäftsführer der SPD-Fraktion im Landtag, Richard Hansen, der schon 1933 vor den Nazis nach Dänemark geflüchtet war und dort bis zur Besetzung enge Kontakte zur Sozialdemokratie knüpfte – zu Hedtoft und H. C. Hansen.

Dessen persönlichen Wunsch nach einem Treffen am 9. Februar 1955 in Kopenhagen lehnte H. C. Hansen ab; am 11. Februar schrieb Richard Hansen an Carlsson über die Motive der Kieler SPD: "Selbstverständlich handelt es sich um eine ganz vertrauliche Angelegenheit zwischen uns und Euch, damit wir bei der endgültigen Entscheidung über die Vertretung der dänischen Minderheit im Landtag wissen, ob wir mit Euch in dieser Frage übereinstimmen." Die dänischen Genossen wurden auch darüber aufgeklärt, daß Kai-Uwe von Hassel "nicht aus der anständigen Familie von Hassel stammt".

H. C. Hansen wußte, daß der Beschluß über den deutschen NATO-Beitritt Einstimmigkeit unter den Mitgliedsländern voraussetzte, weshalb Dänemarks Ratifizierung damals große Bedeu-

40 JAHRE BONN-KOPENHAGENER ERKLÄRUNGEN

Was geschah 1955 vor dem 29. März

Wirtschaftspolitisches Krisenpaket der Minderheits-Regierung H. C. Hansen wird mit 89:86-Stimmen verabschiedet – mit der Stimme des früheren Venstre-Finanzministers Thorkild Kristensen. Verbrauchsdämpfender Eingriff war notwendig geworden; für 1955 wurde nach schlechter Ernte 1954 ein Defizit von 500 Millionen Kronen in der Leistungsbilanz befürchtet.

Frau eines Polizeimeisters kam beim Haarewaschen durch Giftdämpfe ums Leben.

Meierei-Streik im ganzen Lande: 1.200 verweigern die Milchannahme.

Schwerer Wintersturm über Dänemark; Eisbrecher im Einsatz.

Parlamentarische Untersuchungskommission beendete ihre Arbeit: wegen des 9. April 1940 keine Reichsgerichtsanklage gegen einen dänischen Politiker.

tung hatte. Vor diesem Hintergrund hatte er am 9. Februar, also nur wenige Tage nach seiner Ernennung zum Staatsminister, Svenningens ein Verhandlungsmandat, das einen Minderheitenvertrag ausschloß – aus Angst vor Einmischung in innere Angelegenheiten. Svenningens hat »die glückliche deutsch-dänische Lösung als Ergebnis des persönlichen Einsatzes und klugen Mutes von Hansen« bezeichnet – »eines der bemerkenswertesten Ereignisse in dessen Zeit als Außenminister«. Dabei darf Svenningens eigene Rolle nicht unterschätzt werden. Der spätere dänische Generalkonsul in Flensburg, Prof. Troels Fink, der an den Verhandlungen teilnahm, hat Svenningens »überlegene Verhandlungsführung« in Kopenhagen gerühmt. Innerhalb von zwei Tagen standen die beiden Erklärungen in ihren Hauptzügen. Svenningens kam dabei zugute, daß er, der ja mit der Besatzungsmacht um jedes (oft lebenswichtige) Komma hatte feilschen müssen, der deutschen Sprache so mächtig war, daß er, wenn die deutsche Delegationsmitglieder in der Übersetzung um ein geeignetes deutsches Wort rangen, ihnen zur Hilfe kam. Als man jedoch zu sehr ins Detail ging, soll Svenningens laut Fink an den Grundsatz eines Prätoris, eines hohen Justizbeamten im alten Rom, erinnert haben, wonach »Bagatellen nicht interessieren«.

So schnell und einfach, wie sich dies aus heutiger Sicht manchmal darstellt, ging es aber wahrlich nicht: Die Verhandlungen begannen am 28. Februar in Kopenhagen – in der deutschen Delegation unter der Leitung von Botschafter a. D. W. Nöldecke vertrat der Leiter der Kieler Staatskanzlei, Dr. Kracht, die schleswig-holsteinische Landesregierung. Von Hassel hat sich nachdrücklich vor und hinter Kracht gestellt, doch als ehemaliger Nazi-Bürgermeister von Flensburg wurde seine Teilnahme auf dänischer Seite als »schwere Belastung« empfunden. Es gab zwar keinen Zusammenhang, aber die dänische Seite betrachtete als ganz besondere deutsche Geste, daß just in diesen Tagen der Bundeskanzler den ehemaligen Schiffsahrtssachverständigen an der deutschen Gesandtschaft, Georg Ferdinand Duckwitz, als neuen deutschen Botschafter nach Kopenhagen schickte. Duckwitz wurde persönlich und herzlich von König Frederik IX.

in Empfang genommen; Duckwitz hatte einen guten Ruf wie kein anderer Deutscher: Schließlich war er es gewesen, der den dänischen Behörden (via Hedtoft und H. C. Hansen) die rechtzeitige Warnung vor der Judenaktion übermittelt und so im Oktober 1943 zur Rettung der meisten dänischen Juden beigetragen hatte. Duckwitz nahm zwar nicht selbst an den Verhandlungen teil, aber hinter den Kulissen spielte er eine bedeutende Rolle – nicht nur atmosphärisch, denn er hatte beste persönliche Kontakte zum Staats- und Außenminister.

Die schleswig-holsteinische Landesregierung hatte als »Schlüssel« (so von Has-

Dänischer 3:1-Sieg

sel) die Fünf-Prozent-Sperrklausel, die Bonn ohne Kiel nicht abschaffen konnte. Die Landesregierung empfand auch aus innenpolitischen Gründen eine Verpflichtung gegenüber der deutschen Minderheit in Dänemark, forderte deshalb bei den Verhandlungen eine Gegenseitigkeit beim Geben und Nehmen. Nachdem Bonn auf einen eigentlichen deutsch-dänischen Minderheitenvertrag verzichtet hatte, was Dänemark bereits 1921 wegen Souveränität in inneren Angelegenheiten abgelehnt hatte (im Hinterkopf spukte der Artikel V des Prager Friedens) und auch die Kieler Forderung nach einer Loyalitätserklärung der dänischen Minderheit nicht durchzusetzen war (wie sie die deutsche Volksgruppe nach 1945 abgegeben hatte), konnten die Verhandlungen am 28. März 1955 in Bonn abgeschlossen werden, wobei Kracht vorübergehend mit seiner Abreise »gedroht« haben soll, jedoch am Verhandlungstisch blieb, weil er den in Südtirol urlaubenden von Hassel telefonisch nicht erreichen konnte.

Am 29. März unterzeichneten Adenauer und H. C. Hansen im Kanzleramt die Bonn-Kopenhagener Minderheitenerklärungen. Sie waren zwar keine völkerrechtlichen Verträge, aber auf der Grundlage des Artikels 14 der Europäischen Menschenrechtskonvention war die entscheidende Aussage der im Wortlaut fast identischen Erklärungen, daß die Gesinnung der Mitglieder der deutschen und dänischen Minderheit »von Amts wegen nicht nachgeprüft werden darf«. Die »Magna Charta« des Grenzlandes war aus der Taufe gehoben. Zwar waren die Erklärungen »nur« eine Bestätigung allgemeiner demokratischer Bürgerrechte in beiden Ländern, aber beide Regierungen gaben zugleich politische Absichtserklärungen ab, die für die parlamentarische Annahme von größter Wichtigkeit waren. Kiel verspricht, die Fünf-Prozent-Sperrklausel zu beseitigen, die Examenrechte für die dänischen Minderheitenschulen einzuführen und die Schulzuschüsse auf 80 Prozent zu erhöhen. Auf dänischer Seite billigte man der deutschen Minderheit ebenfalls Examenrechte für ihre neu gegründeten Privatschulen zu. Die Forderung nach Beseitigung der Folgen aus der Rechtsabrechnung ebenso wie die Bildung eines Grenzländauschusses, dem Vertreter der Mehr- und Minderheiten sowie der Regierungen angehören sollten, war von dänischer Seite abgelehnt worden. An die Abschaffung der Zwei-Prozent-Sperrklausel dachte damals niemand; Hans Schmidt-Oxhöll saß zu dem Zeitpunkt »sicher« im Folketing.

Beide Minderheiten waren nicht direkt an den Verhandlungen beteiligt. Sie standen zwar in ständigem Kontakt zu ihren »jeweiligen« Regie-

rungen, aber ohne sie – so das Kalkül in den Hauptstädten – sei eine Lösung wohl leichter erreichbar, eine Haltung, die in beiden Minderheiten auf Kritik stieß – aber hinter den Kulissen!

Das Hamburger Nachrichtenmagazin »Der Spiegel« bezeichnete das Ergebnis der Verhandlungen als dänischen 3:1-Sieg. Ob Sieg oder Unentschieden; nun ging es darum, die parlamentarischen Hürden zu nehmen – im Folketing um die Ratifizierung des Protokolls der Pariser Verträge und um den Beschluß, der vom Staats- und Außenminister abgegebenen Erklärung »über die allgemeinen Rechte für Personen, die zur deutschen Volksgruppe in Nordschleswig gehören«, zuzustimmen. Anti-deutsche Ressentiments spielten eine wichtige Rolle während der leidenschaftlich geführten Debatte, in der es oft zu heftigen Zusammenstößen zwischen H.

Krieg starteten, wandte sich der Staats- und Außenminister: »Wer behauptet, daß ... dies nur ein Fetzen Papier ist wie der traurige deutsch-dänische Nichtangriffspakt vor dem Zweiten Weltkrieg, der begehrt Unrecht, wenn er die heutigen Staatsmänner der Bundesrepublik mit denen des kriegswütigen Deutschlands identifiziert. Wir sollten nicht vergessen, was wir selbst erlebt haben, aber die richtigen Schlüsse aus der Vergangenheit ziehen. Für mich eine große Frage, ob wir es nicht versäumt haben, in den Jahren vor dem Krieg den demokratischen Kräften in Deutschland genügend Unterstützung zu geben, so daß man die extremistischen Kräfte hätte verhindern können, die aus der Machtübernahme der Nazis resultierten. Durch das Angebot einer weitgehenden Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik und durch ihre Aufnahme als gleichbe-

stung als »innerlich überflüssig« ab – ebenso wie die vorgeschlagene Änderung des Paragraphen 4 im dänischen Schulgesetz vom 12. Juli 1946/7. Juni 1952, wonach den deutschen Privatschulen in Nordschleswig die Examenrechte zuerkannt werden sollten. Wütend verglich er den Empfang, den Bonn dem Staats- und Außenminister am 29. März bereitet hatte, obwohl nur ein Beamter des Bundesgrenzschutzamtes vor dem Kanzleramt H. C. Hansen salutierte, mit dem Empfang, den Hitler 1941 dem damaligen Außenminister Erik Scavenius gegeben hatte, als dieser in Berlin für Dänemark den Antikomintern-Pakt unterschrieb.

Jörgen Gram: »Hoffe, daß sich der Geist, der Triebfeder der Bonn-Verhandlungen und der Erklärungen gewesen ist, nun in allen Beziehungen zwischen dem dänischen und dem deutschen



Späteres Treffen (1958) zwischen H. C. Hansen und den SPD-Führern Ollenhauer und Willy Brandt, der als Bundeskanzler in seinen Erinnerungen berichtet, daß noch Hansen-Vorgänger Hedtoft nach 1945 mit dem Gedanken liebäugelte, Flensburg in Dänemark einzugliedern. Es gab heftigen Streit um die Flensburger SPD. FOTO: Arbejderbevægelsens Bibliotek og Arkiv.

C. Hansen und Kommunistenführer Aksel Larsen kam, der selbst längere Zeit in einem deutschen Konzentrationslager saß und dort schwer mißhandelt worden war. Larsen war damals Moskautreues Sprachrohr und wußte um die innerparteilichen Probleme der Sozialdemokraten. Am 1. April 1955 waren nur 25 Prozent der sozialdemokratischen Wähler für die deutsche NATO-Mitgliedschaft, der Rest dagegen. In der Gesamtbevölkerung gab es mit 37,29 Prozent eine Mehrheit gegen die deutsche Wiederbewaffnung. Der noch heute lebende sozialdemokratische Folketingsabgeordnete Frode Jakobsen war eine wichtige Stütze für H. C. Hansen. Jakobsen war einer der führenden Mitglieder der Widerstandsbewegung und nach 1945 Minister in der Befreiungs-Regierung. In der 1. Lesung wandte er sich »gegen den schlimmen Mißbrauch meiner toten Kameraden, die im Kampf für die Freiheit gefallen sind«. Jakobsen begründete sein Ja zur deutschen NATO-Mitgliedschaft mit diesen denkwürdigen Worten: »Ich habe selbst in den dunkelsten Stunden der deutschen Besatzung meines Landes nie gefühlt, daß wir gegen Deutschland kämpften. Unsere richtige Perspektive war, daß der Kampf gegen Hitler auch ein Kampf für die Befreiung Deutschlands war.«

»Entspannung sei nur über eine deutsche Wiedervereinigung in Freiheit möglich«, so Jakobsen 1955! Der nordschleswigsche Venstre-Abgeordnete Jörgen Gram war für die Annahme, befürchtete aber, daß ungeachtet des eifrig westeuropäisch eingestellten deutschen Kanzlers »es keine Beweise dafür gibt, daß sich die Psyche des deutschen Volkes und die deutsche Verwaltung von gestern wesentlich verändert haben«. Gegen Aksel Larsens Behauptung, eine wiederbewaffnete Bundesrepublik werde bald einen neuen

rechtigten Partner im demokratischen Kreis der Westmächte leisten wir den besten Beitrag, damit sich eine solche nationalsozialistische Katastrophe in Deutschland nicht mehr wiederholt.«

Die Forderung nach einer Volksabstimmung über den deutschen NATO-Beitritt lehnten Sozialdemokraten, Konservative und Venstre geschlossen ab. H. C. Hansen stand aber nicht nur innenpolitisch unter Druck: Er konnte die deutsche Karte international nicht überbieten. Der NATO-Oberkommandierende, US-General Gruentier, war am 26. Januar in Kopenhagen. Der Westen war sich einig, die Ratifizierung der Verträge so schnell wie möglich durchzuführen. Die Franzosen, den EVG-Vertrag gerade abgelehnt, hatten die Pariser Verträge schon im Dezember 1954 in der Nationalversammlung durchgebracht, und am 15. Januar hatte TASS eine amtliche Erklärung der Sowjetunion zur Deutschlandfrage

Die Angst vor dem neuen Deutschen Gymnasium

veröffentlicht: »Die Regierung der Sowjetunion erachtet es als notwendig, erneut die Aufmerksamkeit darauf zu lenken, daß die Pariser Abkommen, welche die Remilitarisierung Westdeutschlands vorsehen, zu einer ernsthaften Komplizierung der gesamten Lage in Europa führen.« Und: »...Nordatlantikblock aggressive Gruppierung... eine Handlung, die zur Verstärkung der Gefahr eines neuen Krieges in Europa führt.«

Die Minderheitenerklärungen waren nach Ansicht von Kommunistenführer Aksel Larsen (seine Frau stammte von der Insel Alsen) nur ein Versuch der Regierung, »sich bestmögliche Bedingungen für die Ratifizierung des deutschen NATO-Beitritts zu verschaffen«. Die Erklärungen für die deutsche Minderheit lehnte Larsen bei der 1. Le-

Volks durchsetzt.« Der Konservative Bøgholm: »Wir haben mit Zufriedenheit neue Töne aus der deutschen Minderheit vernommen. Die Erklärungen sind als eine ausgestreckte Hand zu betrachten.« Der deutsche Folketingsabgeordnete Hans Schmidt-Oxhöll betonte, erst die Fortschritte im Grenzland hätten die Gespräche zwischen den Regierungen ermöglicht. Er gab den Erklärungen seine »unvorbehaltene Zustimmung« unter Hinweis auf die europäische Menschenrechtskonvention und sagte, daß die bisherige Verweigerung von Examenrechten für die deutschen Privatschulen die Verhinderung eines »kontinuierlichen Unterrichts« dargestellt hätte. Schmidt-Oxhöll bedauerte, daß der Grenzländauschuss nicht realisiert werden konnte, stellte aber abschließend fest, »daß nun ein glücklicher Status für beide Minderheiten zustande gebracht worden ist«. H. C. Hansen dankte Schmidt-Oxhöll für »seine besonnene Rede«. Ausgerechnet die Abgeordnete der Radikalen Venstre, Ingeborg Refslund-Thomsen, Tochter des berühmten Dänen-Führers H. P. Hanssen, der 1920 eine dänische Abenteuerpolitik in der Flensburg-Frage verhindert hatte, und Ehefrau des gerade nach 1945 sich so liberal gegenüber der deutschen Minderheit verhaltenden Apenrader Amtmannes war, kritisierte die Examenrechte. Sie befürchtete, daß ein neues Deutsches Gymnasium einen »neuen Grenzkonflikt auslösen« würde. Sozialdemokrat Jens Bladt aus Guderup, der ebenso wie andere nordschleswigsche Abgeordnete vor 1920 die deutsche Schule besucht hatte, meinte dazu: »Es gibt welche, die wegen eines neuen Deutschen Gymnasiums besorgt sind, daß diese eine Bastion werden kann als Ausgangspunkt eines deutschen Vorstoßes gen Norden. Ich teile diese Auffassung nicht. Die nationale Überzeugung

ist in der dänischen Bevölkerung tief verankert. Sie war nie und wird nie eine Handelsware. Der nationale und kulturelle Wettbewerb südlich und nördlich der Grenze geht weiter. Ich begrüße jeden Schritt auf dem Wege des Verständnisses mit Zufriedenheit, und ein solcher Schritt ist diese Lösung.«

H. C. Hansen sagte, »die Art und Weise, wie eine Minderheit behandelt wird, könne sehr wohl das Symbol,

Don Juan Hansen und die Mutter Germania

der künftigen Zusammenarbeit in der NATO sein.« »Sowohl die dänische Regierung als auch Bonn – im Einvernehmen mit der Landesregierung – haben mit den Erklärungen ihre Erwartung zum Ausdruck gebracht, daß alle in Frage kommenden Instanzen sich bestreben werden, die Rechte der Minderheiten zu achten und zu schützen. Die Regierung hofft, und glaubt, daß es ohne Kleinlichkeit gelingt, die Prinzipien im täglichen Leben des Grenzlandes zu verwirklichen, so daß die Minderheiten künftig beide Länder näher bringen werden und durch einen friedlichen Wettbewerb dazu beitragen, das Verständnis und den Respekt für beide Nationen und für ihre kulturellen Eigenarten zu vertiefen. Worauf es jetzt ankommt, ist die Durchführung dieser Grundsätze im Alltag. Mit anderen Worten: die richtige Gesinnung und den guten Willen der Behörden, nicht zuletzt bei den lokalen Behörden.«

Am 19. April 1955 wurde der deutsche NATO-Beitritt in zweiter und dritter Lesung mit 145:24-Stimmen ratifiziert. Dafür votierten Sozialdemokraten, Venstre, Konservative und Schmidt-Oxhöll, während Radikale und Kommunisten gemeinsam mit einigen Abgeordneten der Rechtsstaatspartei (in dieser Frage geteilt) dagegen stimmten. Ein Änderungsantrag des Radikalen Jörgen Jørgensen, Lejre, die Frage der deutschen NATO-Mitgliedschaft in einer Volksabstimmung klären zu lassen, wurde mit 135:28-Stimmen verworfen. Die Kopenhagener Minderheitenerklärung wurde am gleichen Tage in zweiter und dritter Lesung mit 156:9-Stimmen verabschiedet – also mit mehr Stimmen als für die deutsche NATO-Mitgliedschaft. Die Gegenstimmen kamen von den acht Kommunisten und der Radikalen Refslund-Thomsen.

Ein Konservativer und zwei Radikale enthielten sich der Stimme. Aksel Larsen hatte noch versucht, in letzter Minute durch einen Änderungsantrag eine Entscheidung zu verhindern, was H. C. Hansen sofort ans Rednerpult brachte, der dem Kommunisten vorwarf, »sich wie ein nationaler Ritter im Namen der nordschleswigschen Bevölkerung aufzuspielen«. Larsens Antrag wurde mit 158:8 abgewiesen – Schmidt-Oxhöll enthielt sich der Stimme. Der Deutsche Bundestag hatte bereits am 26./27. Februar das Protokoll über die Beendigung des Besatzungsregimes und den geänderten Deutschlandvertrag mit 342:151 Stimmen und den NATO-Beitritt mit 314:157-Stimmen ratifiziert; die SPD stimmte bei allen Verträgen mit Nein. In Kraft traten sie am 5. Mai, nachdem alle Mitgliedsstaaten die Ratifizierungsurkunden hinterlegt hatten. Auf der NATO-Ratssitzung am 9. Mai 1955 erklärte H. C. Hansen an Adenauer gewandt: »Wir haben heute in unserer Mitte einen der hervorragenden Baumeister der neuen deutschen Demokratie. Die Bande zwischen der Bundesrepublik und der westlichen

Welt sind nun formell besiegelt.« Die angekündigte (und am 23. Mai erfolgte) Kieler Aufhebung der Fünf-Prozent-Sperrklausel für die dänische Minderheit nannte er »ein ermutigendes Beispiel für den Geist gegenseitigen guten Willens und Vertrauens, in dem wir heute einen historischen Meilenstein auf dem Wege zu größerer Sicherheit passieren«. Die Erklärung »der Regierung der Bundesrepublik über die allgemeinen Rechte der dänischen Minderheit« wurde erst am 6. Juli 1955 vom Deutschen Bundestag verabschiedet – aber einstimmig! Staatssekretär Dr. Hallstein sagte als Vertreter des Außenministers: »Die Bundesregierung ist sich darüber im klaren, daß das Ergebnis noch nicht die Lösung sämtlicher Minderheitenprobleme bedeutet. Sie ist aber davon überzeugt, daß die in wesentlichen Fragen der Minderheiten erzielte Übereinstimmung die Verhältnisse südlich und nördlich der Grenze im Sinne des Ausgleichs und der Verständigung günstig beeinflussen wird. Ich bitte das Hohe Haus, die Erklärung der Bundesregierung zu billigen.« Beifall der Regierungspartei; das Protokoll vermerkt aber folgenden Zwischenruf des SPD-Abgeordneten Herbert Wehner am Ende der Hallstein-Rede: »Und dem Geiste nach durchzuführen.«

Bei einem Heimatfest in Hjørring war H. C. Hansen als Don Juan in Mozarts Oper eingesprungen und hatte ein bravours Duett mit einer königlichen Opernsängerin gesungen, worauf er in der kommunistischen Tageszeitung »Land og Folk« in einer Karikatur als »Don Juan in den Klauen der Mutter Germania« dargestellt wurde, doch er hatte auf der ganzen Linie gesiegt und hohe dänische Staatsmanns-Kunst bewiesen.

Mit fast prophetischer Gabe sagte Hansen, der erst 1958 das Amt des Außenministers an J. O. Krag abgab, 1960 nur 51-jährig starb, aber als einer der großen sozialdemokratischen Führer in die dänische Geschichte eingegangen ist, bei der Folketingsdebatte über die Bonn-Kopenhagener Erklärungen: »Was erreicht worden ist, das ist ja keine vollständige und durchgreifende Lösung aller Probleme des Grenzlandes. Wir sind uns aber darüber einig, daß wir ein Stück praktischer europäischer Verständigungspolitik geleistet haben.«

Dies ist heute von allen Seiten anerkannt. Der konservative Staatsminister Poul Schlüter erklärte am 10. August 1990 in einer Antwort auf eine schriftliche Anfrage des sozialdemokratischen Folketingsabgeordneten Svend Taaquist, Norburg, der wissen wollte, ob die europäische Entwicklung und die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten Konsequenzen für die dänische Minderheit und für die deutsche Volksgruppe haben könne, u.a.: »Die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten auf der Grundlage des Artikels 23 im Bonner Grundgesetz bedeutet, daß die bisherigen völkerrechtlichen Verpflichtungen der Bundesrepublik bestehen bleiben. Die Bundesregierung hat zum Ausdruck gebracht, daß man mit der Bonner Erklärung eine völkerrechtliche Verpflichtung eingegangen ist, die vom Bundestag bestätigt worden ist, und die nur nach Absprache mit Dänemark geändert oder aufgehoben werden kann. Der völkerrechtliche Status der Bonn-Kopenhagener Erklärungen hat sich durch die deutsche Wiedervereinigung nicht geändert.«

S. MATLOK

40 JAHRE BONN-KOPENHAGENER ERKLÄRUNGEN

Schweigsam wie Graf Moltke – ein düsterer Beginn

Wie die Verhandlungen zu den Bonn-Kopenhagener Erklärungen 1955 in Kopenhagen abliefen / Auszug aus dem Buch »Disteln am Wege« von Ernst Siegfried Hansen

Der Zufall, daß der alte deutsche Botschafter Dr. Wilhelm Nöldeke an der Jahreswende 1954/55 Kopenhagen verließ und der neue sein Beglaubigungsschreiben erst am 28. Februar 1955 überreichen konnte, führte zu dem schwierigen Auftrag an den Geschäftsträger, die herausziehenden deutsch-dänischen Minderheitenverhandlungen diplomatisch vorzubereiten. Geschäftsträger war Botschaftsrat Dr. Carl von Holten. Einer alten Hamburger Familie entstammend, deren Verzweigungen aus der Gesamtstaatsperiode nach Dänemark hineinreichten, hatte von Holten nach der nationalsozialistischen Machtübernahme seine Laufbahn als Diplomat für 13 Jahre unterbrechen müssen, eine Zeit, die er in Schweden verbracht hatte. Eine tiefgehende Kenntnis nordischer Atmosphäre und Mentalität, Gewandtheit im Gebrauch der Sprache des Landes, eine konzeptionslose Objektivität in der Beurteilung von Menschen und Dingen, nicht am wenigsten schließlich seine gesellschaftliche Stellung in der dänischen Hauptstadt schufen die besten Voraussetzungen für die Erfüllung des Auftrages. (...)

Konnte das Gespräch auf ein Abkommen abzielen? Die dänische Publizistik hielt unerschütterlich an dem Standpunkt fest, daß ein Abkommen nicht in Frage kommen könne. Im Anschluß an die Regierungserklärung Kai-Uwe von Hassels am 8. November 1954 hatte Präsident a. D. Holger Andersen, Vorsitzender des dänischen Grenzvereins, diesen Standpunkt dahin präzisiert, seit den vergeblichen Verhandlungen des Kabinetts Frijs-Frijsborg mit Bismarck 1867/68 über die Durchführung des Artikels V des Prager Friedens sei es »ein fundamentales Prinzip« der dänischen Außenpolitik, sich nicht auf Verhandlungen über ein zwischenstaatliches Abkommen einzulassen, das einer deutschen Regierung vertragliche Möglichkeiten geben könne, sich in innerdänische Angelegenheiten einzumischen. Alle deutschen Gegenargumente, die seit Jahr und Tag vorgebracht wurden, waren also abgeprallt. (...)

Am 11. November 1954 erhob Hassel in einer Stellungnahme zu den ablehnenden dänischen Stimmen der Deutschen Presse-Agentur gegenüber die Frage, was seine Regierungserklärung denn zu dieser Frage beinhalte. Sie bemüht sich um den Nachweis, daß die Fünf-Prozent-Klausel nicht isoliert, sondern nur im Zusammenhang mit einer Reihe ungeklärter Fragen betrachtet werden könne. Aus der Erklärung im Ministerrat der NATO müsse man schließen, daß auch Dänemark eine Vereinbarung wünschenswert sei. (...)

Ein Minderheitenabkommen wurde von Dänemark grundsätzlich abgelehnt, war aber andererseits für Schleswig-Holstein keine conditione sine qua non, vorausgesetzt, daß es zu einer anderweitigen umfassenden Regelung komme. (...)

Man wird hier einschalten müssen, daß es ein Leichtes gewesen wäre, die von dänischer Seite erhobene Forderung nach Aufhebung der Fünf-Prozent-Klausel nicht einmal, sondern mehrfach aufzuwiegen, wenn die Möglichkeit bestanden hätte, die Umstände der Rechtsabrechnung und deren immer noch wirksame Folgen zum Gegenstand der offiziellen

Erörterung bei den erwarteten deutsch-dänischen Minderheitenverhandlungen zu machen.

Dänemark betrachtet diese Fragen jedoch als Glied eines innerdänischen Vorganges, der mit dem Status der deutschen Nordschleswiger als nationale Minderheit nichts zu tun hat, und beruft sich dabei auf die Tatsache, daß im Rahmen der Rechtsabrechnung nur für das ganze Land geltende Gesetze erlassen worden sind. Ohne »unter der Hand« die Überzeugung gewonnen zu haben, daß diese Auffassung von deutscher Seite bei Minderheitenverhandlungen respektiert werden würde, hätte Dänemark sich schwerlich auf ein zwischenstaatliches Gespräch eingelassen.

Die »Unter-der-Hand«-Klärung dieser Angelegenheit dürfte vorwiegend durch die Kontakte des Flensburger Bundestagsabgeordneten und Geschäftsführers der CDU-Bundestagsfraktion Will Rasner erfolgt sein. (...)

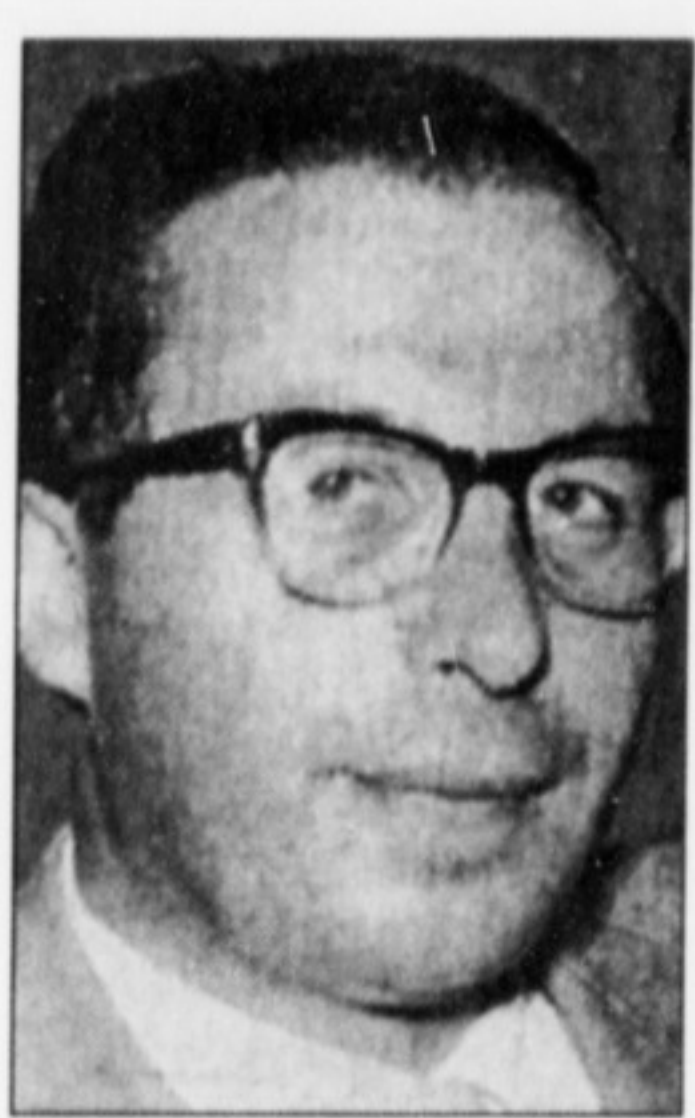
Wenn also der Rechtsabrechnungskomplex ausgeklammert werden mußte, so gab es dennoch nördlich der Grenze eine die Klauselfrage in Schleswig-Holstein aufwiegende Sperrbestimmung: Die gegen die deutsche Minderheit in Nordschleswig gerichtete Examenklausel. Es ist noch sehr die Frage, was für eine nationale Minderheit, auf lange Sicht gesehen, lebenswichtiger ist, der Zugang zu einer parlamentarischen Vertretung oder die Möglichkeit der Durchführung eines kontinuierlichen, die höhere Schule mit einbeziehenden eigenen Schulwesens. Zumindest dürften diese beiden Interessen, zumal unter den sprachlichen Bedingungen des schleswighischen Grenzlandes, gleichwertig sein. (...)

Von deutscher Seite konnte es sich nur prinzipiell um die Aufhebung der Examenklausel handeln, gleichgültig, ob für die Mittelschulen, mittlere Reife oder Abitur, und ohne Hinblick darauf, ob das deutsche Schulwesen in Nordschleswig für den Augenblick mehr in Anspruch nahm, als das Examenrecht für Mittelschulen.

So etwa stellte die Lage sich, von Kopenhagen gesehen, in der ersten Hälfte des Monats Januar 1955 dar. Abgesehen von der maßgeblichen Beteiligung der liberalen Venstre-Partei an der Entwicklung, die zur Folge gehabt hatte, daß die Problematik auf zwischenstaatliche Ebene hinaufgehoben worden war, konnte man aber ein starkes konservatives Drängen auf die Kontaktaufnahme mit Bonn beobachten. (...)

Es gelang Rasner, einen Faden von führenden CDU-Politikern in Bonn über den Folketingsabgeordneten Karl Bøgholm zu führenden konservativen Politikern in Kopenhagen zu ziehen, was sich auch darin ausdrückte, daß er in der ersten Hälfte des Monats Januar 1955 selbst eine Reise nach Kopenhagen unternahm. Das Neue daran war die Verbindung zwischen zwei bürgerlichen Parteien, denn daß die beiden sozialdemokratischen Parteien enge Verbindungen miteinander unterhalten, ist nicht neu.

Noch wichtiger aber dürfte die durch Rasner stark beeinflusste Klärung gewisser Begriffe auf inoffizieller Grundlage gewesen sein. Es handelt sich hier um das Verhältnis des deutschen Wunsches nach einer ausdrücklichen Anerkennung der



Will Rasner, Flensburg, ab 1953 CDU-Bundestagsabgeordneter; von 1955 bis zum Tod 1971 Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag



Ernst Siegfried Hansen, November 1945 bis Juni 1953 Chefredakteur des NORDSCHLESWIGER; danach bis zum Tod 1980 Korrespondent der Deutschen Presse-Agentur in Kopenhagen

Grenze zu dem Festhalten Dänemarks an seiner eigenen Auslegung des Prinzips des Selbstbestimmungsrechts.

Deutschland mußte an der ausdrücklichen Anerkennung der deutsch-dänischen Grenze von 1920 durch Dänemark genau so interessiert sein, wie Dänemark in der Zwischenkriegszeit an der ausdrücklichen Anerkennung dieser Grenze mit Deutschland gewesen war. Die Umkehrung der völkischen und kulturellen Offenheit, auf lange Sicht gesehen, lebenswichtiger ist, der Zugang zu einer parlamentarischen Vertretung oder die Möglichkeit der Durchführung eines kontinuierlichen, die höhere Schule mit einbeziehenden eigenen Schulwesens. Zumindest dürften diese beiden Interessen, zumal unter den sprachlichen Bedingungen des schleswighischen Grenzlandes, gleichwertig sein. (...)

Dialektisch hoch begabt, war Rasner sicherlich derjenige unter den Beteiligten, der zuerst und klar erkannte, daß es nur den Weg gab, diese beiden einander bedingenden Forderungen auszuklammern, und daß es bei Verzicht auf ein Minderheitenabkommen vom deutschen Standpunkt aus darauf ankam, ein Vertragsähnliches Ergebnis zu erzielen, das für die dänische Regierung akzeptabel war. Die Lösung lag in parallelen Grundsatzklärungen, die nicht formell, aber praktisch voneinander abhängig waren: Reziproke Willenskundgebungen der beiden Regierungen aufgrund zwischenstaatlicher Absprache unter Zugrundelegung der bestehenden Grenze. Es ist klar, daß hier der Drehpunkt der Gespräche sein mußte.

In politischen Kreisen der dänischen Hauptstadt erwartete man in der zweiten Hälfte des Monats Januar 1955 von Tag zu Tag den Eingang der bundesdeutschen Einladung. Am 2. Februar 1955 konnte sie von dem Geschäftsträger der Deutschen Botschaft, Botschaftsrat Dr. von Holten, überreicht werden. Sie hatte, abgesehen von den Einleitungs- und Schlußformeln, folgenden Wortlaut, der auch in der dänischen Presse veröffentlicht wurde:

»Die Bundesregierung hat die Auswirkungen des Landeswahlgesetzes in Schleswig-Holstein aufmerksam verfolgt. Anlaßlich der Beantwortung der großen Anfrage der Fraktion der SPD betr. Nationales Minderheitenrecht hat sie in der 58. Sitzung des Deutschen Bundestags am 8. Dezember 1954 den Wunsch ausgesprochen, daß es der Landesregierung von Schles-

wig-Holstein gelingen möge, eine alle Teile zufriedenstellende Lösung der Frage einer parlamentarischen Vertretung der dänischen Minderheit zu finden.

Die Bemühungen der Landesregierung, in Beratungen mit Vertretern der dänischen Minderheit zu einer vorläufigen Regelung dieser Frage zu kommen, haben bisher zu einem Erfolg nicht geführt. Andererseits hat der Königliche Dänische Außenminister, Herr H. C. Hansen, auf der NATO-Ratstagung am 22. Oktober 1954 die dänischen Gesichtspunkte in der Schleswig-Frage vorgetragen und die Aufmerksamkeit des Bundeskanzlers auf diese Frage gelenkt.

Die Bundesregierung glaubt aber, der Königliche Dänische Regierung vorzuschlagen zu sollen zu prüfen, ob die Probleme der nationalen Minderheiten beiderseits der Grenze der Bundesrepublik Deutschland und des Königreiches Dänemark den Gegenstand zwischenstaatlicher Besprechungen mit dem Ziel bilden sollten, die Rechte der Minderheiten in geeigneter, noch zu vereinbarenden Weise festzustellen.

In dem Bestreben, das gute nachbarliche Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Dänemark weiter zu vertiefen, hält die Bundesregierung solche Verhandlungen für nützlich und würde es besonders begrüßen, wenn sie bereits in naher Zukunft aufgenommen werden könnten. (...)

Die dänische Antwortnote enthielt nur einen allgemeinen Hinweis auf die »wohlbekannten grundsätzlichen Gesichtspunkte«. H. C. Hansen ließ am 8. Februar 1955 – nach einstimmigem Beschluß im Außenpolitischen Ausschuß – Botschaftsrat Dr. von Holten zu sich rufen und überreichte ihm die Note, die folgenden Wortlaut hatte:

»Der Vorschlag der Bundesregierung ist einer sorgfältigen Prüfung durch die Königliche Dänische Regierung und die übrigen zuständigen hiesigen Instanzen unterzogen worden. Anlaßlich dieser Prüfung sind die auch der Bundesregierung wohlbekannten dänischen grundsätzlichen Gesichtspunkte in bezug auf eine Klärung der Rechte der Minderheiten unter Hervorhebung ihrer entscheidenden Bedeutung wieder einmal zum Ausdruck gebracht worden. Sowohl die Regierung als auch die im Außenpolitischen Ausschuß des Folketings vertretenen Parteien begrüßen mit Genugtuung die von der Bundesregierung in dieser Angelegenheit ergriffene Initiative.

Im Einvernehmen mit den

oben genannten politischen Parteien tritt die Königliche Dänische Regierung dem Vorschlag der Bundesregierung unter Bezugnahme auf die oben erwähnten grundsätzlichen Gesichtspunkte bei.

Indem hinzugefügt wird, daß die Königliche Dänische Regierung auch ihrerseits bemüht bleibt, das gute nachbarliche Verhältnis zwischen dem Königreich Dänemark und der Bundesrepublik Deutschland weiter zu fördern, erklärt sie sich damit einverstanden, daß die vorgeschlagenen Verhandlungen bereits in naher Zukunft aufgenommen werden.

Damit waren die deutsch-dänischen Minderheitenverhandlungen eine beschlossene Sache, und die beiden Regierungen benannten folgende Delegationen:

Deutsche Delegation: Dr. Wilhelm Nöldeke, Botschafter a. D., Vorsitzender, Bonn; Dr. Dr. Ernst Kracht, Ministerialdirektor, Kiel; Dr. Josef Mühlhoyer, Vortragender Legationsrat, Bonn; Dr. Wilhelm Holz, Referent im Auswärtigen Amt, Bonn.

Dänische Delegation: Nils Svenningsen, Botschafter, Direktor des dänischen Außenministeriums, Kopenhagen; Frants Hvass, Botschafter, Bonn; Hans Jacob Hansen, Ministerialdirektor, Kopenhagen; Prof. Dr. Troels Fink, Berater des dänischen Außenministeriums für schleswighische Angelegenheiten, Århus; John Knox, Legationsrat, Kopenhagen; Ole Bjerring, Sekretär im dänischen Außenministerium, Kopenhagen. (...)

Die deutsch-dänischen Minderheitenverhandlungen begannen am 28. Februar 1955 in Kopenhagen hinter den verschlossenen Türen des dänischen Außenministeriums. Die erste Sitzung am Vormittag dauerte nur zwei Stunden.

15 Minuten später fuhr bei strahlender Wintersonne eine Staatskarosse vor der Deutschen Botschaft in der Bredgade vor. Livrierte Diener in roten Mänteln öffneten die Tür mit vier Pferden bespannten Staatskarosse und verneigten sich vor dem neuen Botschafter der Bundesrepublik Deutschland, Georg Ferdinand Duckwitz. Vor dem Repräsentationsflügel des Schlosses Christiansborg rührte die Königliche Leibgarde die Trommel, als der Botschafter eintraf, um sein Beglaubigungsschreiben zu überreichen. (...)

Der Optimismus freilich, der sich an dem schönen Wintertage bei Beginn der Minderheitenverhandlungen und bei Überreichung des Beglaubigungsschreibens breit machen wollte, schien sich hinter der gepolsterten Ausschubtür in Christiansborg nicht zu rechtfertigen. Vielleicht hatte man sich auf dänischer Seite – trotz der andersartigen Aussage der Vorgeschichte – allzu sehr darauf eingestellt, eine Reihe von konkreten Fragen wenn auch zu beiden Seiten der Grenze, auszuhandeln? Darauf schien es hinzudeuten, daß die dänische Hauptstadtpresse am Morgen nach dem Beginn der Verhandlungen einhellig meldete, diese würden voraussichtlich »heute« zum Abschluß kommen. Und die dänischen Presseleute sahen eine Bestätigung darin, daß auch das offizielle Essen des Staats- und Außenministers für den Abend des zweiten Verhandlungstages angesetzt war.

Was aber hätte ein Ergebnis genützt, das zwar zu einer

Bereinigung der Wahlklausel einerseits und der Examenklausel andererseits führte, aber die grundsätzlichen deutschen Anliegen unberücksichtigt ließ und deshalb zumindest in Schleswig-Holstein auf steifen politischen Gegenwind gestoßen wäre?

Wäre etwa der Zweck dieser Begegnung erreicht gewesen, wenn statt der erstrebten Befriedung des Grenzlandes sich neue Spannungen und neue Unruhen ergeben hätten?

Es lag im deutschen, aber auch im wohlverstandenen dänischen Interesse, Komplikationen dieser Art zu vermeiden. Zu dem Ergebnis mußten alle Beteiligten ja sagen können. Unter dieser Voraussetzung – das war der Eindruck, den man bekam –, waren die deutschen Delegierten bereit, auch über die Fünf-Prozent-Klausel mit sich reden zu lassen.

Inzwischen ist es kein Geheimnis mehr, daß die deutsch-dänischen Minderheitenverhandlungen am 28. Februar, 1. März und 2. März 1955 an der Klippe zu scheitern drohten, daß die dänische Delegation sich nicht vorstellen konnte, über die Regelung konkreter Fragen hinauszugehen und der Abgabe paralleler Grundsatzklärungen zuzustimmen. Die deutsche Delegation – ein gut zusammenarbeitendes Team – hielt jedoch daran fest. Aber es erforderte unter den unter den obwaltenden Umständen eine bewundernswerte Festigkeit. Es lag in der Natur der Sache, daß Ministerialdirektor Dr. Dr. Kracht, der die Interessen Schleswig-Holsteins vertrat, als der Mann dastand, der den Schwarzen Peter unter keinen Umständen annehmen wollte, und das Spiel machte keinem der Beteiligten Freude.

Die deutschen Delegierten wohnten im Hotel Codan. Sie standen dem Grafen Moltke an Schweigsamkeit nicht nach, aber ihre Gesichtszüge waren düster, und sie saßen dauernd in Beratungen. (...) Am 3. März aber ergab sich eine deutliche Wandlung, und am 4. März begrüßte mich Botschafter a. D. Dr. Nöldeke in der Hotelhalle mit dem heiteren Ausruf: »Sie sehen es unseren Gesichtern an, wie es steht!«

Ging man der Frage nach, wodurch diese Wandlung, die sich nur auf die parallelen Grundsatzklärungen beziehen konnte, eingetreten sein mochte, so kam man zu folgendem Schluß: Am Nachmittag des 3. März hatte Staats- und Außenminister H. C. Hansen erstmalig maßgeblich Politiker über den Stand der Minderheitenverhandlungen informiert, und offenbar waren sie bereit gewesen, den dänischen Diplomaten, die bis dahin eine gebundene Marschroute hatten, freie Hand zu geben, parallelen Grundsatzklärungen zuzustimmen, statt ohne Rücksicht auf die Interessen der deutschen Minderheit einseitig auf der Umwandlung der Kieler Erklärung in eine Bonner Erklärung zu bestehen, wie es vielleicht der unausgesprochene Gedanke gewesen war.

An dem 4. März schließlich, der Dr. Nöldeke zu dem frohen Ausruf veranlaßt hatte, trat der politische Einschlag noch deutlicher hervor. Nicht nur kamen erneut die Fraktionsvorsitzenden der demokratischen Parteien des dänischen Folketings zusammen, sondern sie hatten auch jeweils mehrere ihrer Fraktionskollegen mitge-

bracht, und mehr als einer der nordschleswighischen Parlamentarier verpaßte aus diesem Grunde den Blitzzug ab Kopenhagen um 17.10 Uhr, der eine reiche Fracht munterer Politiker nach Jütland zu bringen pflegt.

In Wirklichkeit stand das günstige Ergebnis der Minderheitenverhandlung zu diesem Zeitpunkt bereits fest. Das offizielle deutsche Essen am Abend des 4. März, die abschließende Sitzung am Vormittag des 5. März zur Formulierung der Presseverlautbarung und ein Drink um die Mittagszeit zum Abschied waren lediglich ein freundliches Nachspiel. »Es ist eine große Sache für den europäischen Gedanken«, erklärte H. C. Hansen am Tage nach dem Abschluß in Århus, »daß wir, uns haben treffen und durch Verhandlungen ein Ergebnis haben erzielen können.« (...)

Das Ergebnis der deutsch-dänischen Minderheitenverhandlungen wurde einer breiten Öffentlichkeit erst nach der feierlichen Unterzeichnung in Bonn bekannt.

Die Empfehlungen der Delegationen an ihrer Regierung hatten eine Kettenreaktion zur Folge:

1. Die parallelen Grundsatzklärungen über die Rechte der beiderseitigen Minderheiten, als Bonner Erklärung bekannt, wurden nacheinander am 31. März 1955 von Schleswig-Holsteinischen Landtag durch einstimmigen Beschluß am 19. April 1955, vom dänischen Folketing mit 156 Stimmen gegen neun bei drei Stimmenthaltungen und am 6. Juni 1955 vom Deutschen Bundestag einstimmig gebilligt. (...)

2. Durch einstimmigen Beschluß des Schleswig-Holsteinischen Landtags vom 23. März 1955 wurde die dänische Minderheit von der Anwendung der fünf-Prozent-Klausel in § 3 des schleswigholsteinischen Wahlgesetzes ausgenommen. (...)

3. Am 1. April 1955 brachte der dänische Unterrichtsminister Julius Bomholt im Folketing ein Gesetz ein, durch das § 4 des Schulgesetzes Nr. 412 vom 12. Juli 1946 und des Änderungsgesetzes Nr. 214 vom 7. Juni 1952 aufgehoben werden sollte. Das Gesetz wurde am 16. März 1955 mit 154 gegen sieben bei einer Stimmenthaltung angenommen. Bei Beginn des neuen Schuljahres 1956 – nach den Sommerferien – wurde aufgrund dieser Aufhebung des Verbots gegen deutsche Examenstellen in Nordschleswig das Examenrecht erteilt, und zwar auch für bereits eingerichtete Mittelschulklassen. (...)

Die Tatsache, daß vieles noch in der Schwebe blieb, ändert nichts an der grundlegenden Bedeutung der deutsch-dänischen Minderheitenverhandlungen. Sie schlossen die Periode deutsch-dänischer Beziehungen ab, die am 9. April 1940 begonnen hatte.

Der Schlußstrich wurde am 29. März 1955 in Bonn gezogen. Der deutsche Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer und der dänische Staats- und Außenminister H. C. Hansen unterzeichneten in Gegenwart des schleswigholsteinischen Ministerpräsidenten von Hassel die parallelen Grundsatzklärungen, die in die Geschichte eingehen werden. (...)

Sie schufen den gleichen rechtlichen Status für beide Minderheiten, die für die Landesregierung eine Voraussetzung gewesen war.

40 JAHRE BONN-KOPENHAGENER ERKLÄRUNGEN

»Diese großzügigen Regelungen können in ihren Kernüberlegungen überall übernommen werden«

NORDSCHLESWIGER-Interview mit Kai-Uwe von Hassel über die Intentionen seiner Landesregierung zu den Bonn-Kopenhagener Erklärungen 1955 und damalige Gegner in der eigenen Partei, die Sperrklauselfrage als Faustpfand, eine Überraschung sowie die Frage von Minderheitenrechten für Wanderarbeitnehmer in Deutschland

NORDSCHLESWIGER: Herr von Hassel, 1995 ist ein Jahr mehrer Jubiläen. Drohen dabei die Bonn-Kopenhagener Erklärungen von 1955 und ihre Bedeutung unter vielen anderen an die Seite gerückt zu werden?

KAI-UWE VON HASSEL: Die Schleswig-Holsteiner erinnern sich genau dieses Tages vor 40 Jahren durch den Staatsakt der Landesregierung am 29. März in Schleswig, am Jahrestag der Unterzeichnung. Und auch die Hermann-Ehlers-Akademie in Kiel hat diesmal wie vor 25 Jahren bereits alle, die damals beteiligt waren, eingeladen: deutsche und dänische Mehr- und Minderheiten.

Der damalige Regierungschef in Kiel 1955, der bei diesen Verhandlungen praktisch die Federführung in der Hand hatte, weil es von uns abhing, ob es gelingt oder nicht gelingt, eine wirklich gute Lösung zu erreichen, und Vorsitzende der damals stärksten Regierungspartei, der CDU – also von Hassel –, vertrat die Auffassung, daß es nicht darum geht, nur eine Frage zu regeln, nämlich das Quorum aus dem Wahlrecht, sondern daß hier der Versuch unternommen werden mußte, alle Fragen der dänischen Minderheit südlich der Grenze und all die anderen Fragen, die dazu gehören – und vor allen Dingen die Fragen für die deutsche Minderheit in Dänemark – zu regeln.

In Schleswig-Holstein denkt man an diesen Tag. Inwieweit das auch in der Bundesrepublik Deutschland aufgegriffen wird, da wage ich meine Zweifel zu haben, weil dort in diesem Jahr 1995 natürlich unendlich viel anderes auf die Bürger und die Regierenden und die Parlamente einströmt.

NORDSCHLESWIGER: Das von ihnen angesprochene Quorum, die Fünf-Prozent-Klausel, von der die dänische Minderheit befreit werden wollte, war 1954 eine der Kernfragen, nachdem die dänische Minderheit mit über 40.000 Stimmen nicht in den Schleswig-Holsteinischen Landtag gelangt war. Hatte die Landesregierung unter ihrer Führung damit ein gutes Faustpfand in der Hand?

VON HASSEL: Absolut! Die dänische Minderheit südlich der Grenze als auch ihrer Partner und Freunde in Kopenhagen hatten nur ein einziges Ziel, die Sperrklausel zu beseitigen, während wir sagten: Es muß alles auf den Tisch!

NORDSCHLESWIGER: Zum Beispiel?

VON HASSEL: Die Schulzuschüsse an die dänischen Schulen und andere prinzipielle Fragen: inwieweit hinter der sog. Kieler Erklärung von 1949 nun wirklich alles hineingebracht wird, so daß ein für allemal alles geregelt wird, was man regeln muß.

NORDSCHLESWIGER: Und Ihre Ziele?

VON HASSEL: Ich wollte die Gegenseitigkeit. Ich wollte, daß man zehn Jahre nach dem Krieg in einer neu beginnenden Zeit, in der Deutschland begann, souverän zu werden und Partner der großen internationalen Organisationen wurde – der Nato, der Westeuropäischen Union – und den Tiefpunkt überwunden hatte, alle Fragen der Minderheiten bei-

derseits der Grenze gleichmäßig behandelt.

NORDSCHLESWIGER: Am Anfang stand die Nato-Ratstagung in Paris, als der dänische Außenminister H.C. Hansen Bundeskanzler Konrad Adenauer in dessen Eigenschaft als Außenminister ansprach. Wurden Sie durch die Forderung nach Entfernung der Fünf-Prozent-Klausel als schleswig-holsteinische Landesregierung von vornherein nicht unter einen gewissen Druck gesetzt?

VON HASSEL: Nein. Wir sind ein Bundesstaat. Und wir Länder haben eine große eigene Zuständigkeit.

NORDSCHLESWIGER: Aber Dänemark hatte sein Vetorecht.

VON HASSEL: Aber es ist ein Unterschied, ob der Mann, der hier verantwortlich war – in diesem Falle also ich –, sich einem Druck von Bonn beugt. Ich war der Auffassung: Wenn wir jetzt in eine neue Zeit kommen, müßten wir auch bei uns in Schleswig-Holstein bereit sein, neu zu denken. Es bedurfte also nicht eines »Druckes« von Konrad Adenauer – meines Bundesvorsitzenden der CDU; ich war ihr Landesvorsitzender –, weil ich völlig dieser Auffassung war.

Ich habe ja hier dafür gekämpft. Zum Beispiel dort oben im Landesteil Schleswig waren überall Christliche Demokraten – etwas anders war es in der Stadt Flensburg – weithin Bürgermeister, Landräte, und Kreistagsmehrheiten. Und die kannten natürlich den Grenzkonflikt und hatten 1955 kein Verständnis, daß Hassel im fernen Kiel nun plötzlich den Dänen gegenüber großzügig wird. Die sagten: Wir kennen doch alle da drüben auf der anderen Seite die Lage der deutschen Minderheit und haben Rechtsabrechnung, Faarhus usw. noch in frischer Erinnerung. Wie kommt Hassel dazu, großzügig zu sein?

NORDSCHLESWIGER: Mit anderen Worten: Sie waren in einer schwierigen Situation. Wie konnten Sie die Lage wenden?

VON HASSEL: Wir haben den Verhandlungspartner auf der dänischen Seite, zunächst einmal den Führern der dänischen Minderheit südlich der Grenze, aber auch in den Gesprächen mit Kopenhagen gesagt: Wir sind bereit, euer berechtigtes Anliegen – weg mit der Fünf-Prozent-Klausel – aufzunehmen, aber ihr sollt auch bereit sein zuzuhören, was wir wollen. Wir wollen euch alles geben, was ihr auch unseren Leuten drüben gebt. Also ein Quid pro quo.

NORDSCHLESWIGER: Und welche Forderungen haben Sie gestellt?

VON HASSEL: Zum Beispiel Beseitigung der Rechtsabrechnung in Nordschleswig.

NORDSCHLESWIGER: Das spielte in den Verhandlungen dann keine Rolle.

VON HASSEL: Natürlich. In Apenrade gab es noch kein Examenrecht. Es gab dann die Beseitigung der Strafbestimmungen für die Deutschen, die während des Krieges mitgewirkt hatten. Die deutsche Minderheit in Nordschleswig hat schwer gelitten.

NORDSCHLESWIGER: Die Entfernung der Zweiprozent-Sperrklausel für die



Dr. h.c. Kai-Uwe von Hassel (81), Bonn, wurde in Gare/Tanganjika (ehem. Deutsch-Ostafrika) geboren und kam 1919 mit seinen Eltern nach Glücksburg. Seine politische Laufbahn: 1946 Eintritt in die CDU, 1947 bis 1963 Stadtvertreter und Bürgermeister bzw. Bürgervorsteher in Glücksburg; Oktober 1954 bis Januar 1963 schleswig-holsteinischer Ministerpräsident, 1963 bis 1966 Bundesverteidigungs-, 1966 bis 1969 Bundesvertriebenenminister, 1969 bis 1972 Bundespräsident, 1977 Vizepräsident der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, 1979 bis 1984 Europaabgeordneter. Als Ministerpräsident war von Hassel wesentlich am Zustandekommen der Bonn-Kopenhagener Erklärungen vom 29. März 1955 beteiligt (Foto: N)

deutsche Minderheit spielte demnach keine Rolle?

VON HASSEL: Damals haben wir nur gesagt: Wenn wir der dänischen Seite eine bevorzugte Behandlung im Wahlrecht geben, indem die Sperrklausel entfällt, dann erwarten wir, daß man auch im Wahlgesetz in Dänemark – das dänische ist ganz anders aufgebaut und mit dem deutschen nicht vergleichbar – an Lösungen denkt, die unter den andersgearteten Wahlprinzipien des Königreiches Dänemark der deutschen Volksgruppe eine Vertretung in Kopenhagen ermöglichen.

NORDSCHLESWIGER: Diese Lösung kam mit dem deutschen Sekretariat in Kopenhagen 1983.

VON HASSEL: Ja. Diese Entwicklung kenne ich auch dadurch, daß ich z.B. als Sprecher der europäischen Christlichen Demokraten und Konservativen beim Parteitag der Konservativen in Kopenhagen Poul Schlüter als Parteivorsitzendem gesagt habe: Uns schwebt Großzügigkeit vor. Wir geben euch die erhöhten Zuschüsse für die dänischen Schulen; und ihr sorgt für ein Sekretariat in Kopenhagen.

NORDSCHLESWIGER: Die Landesregierung schickte als ihr Mitglied der deutschen Verhandlungsdelegation den Ministerialdirektor Dr. Dr. Ernst Kracht aus der Staatskanzlei. Kracht war den Dänen als Oberbürgermeister Flensburgs bis 1945, als damaliger VDA-Gauleiter und als Vertreter des damaligen Schleswig-Holsteiner-Bundes bekannt. War es klug, Kracht zu schicken; hatte dies einen besonderen Hintergrund?

VON HASSEL: Dr. Kracht ist im Herbst 1949 zum Ministerialdirektor – heute wäre dies ein Staatssekretär – der Staatskanzlei durch den ersten CDU-Ministerpräsidenten Dr. Walter Bartram berufen worden. Nach dem Rücktritt Bartrams im Juni 1950 hat ihn Friedrich Wilhelm Lübke übernommen. Und beide stellen Dr. Kracht das allerhöchste Lob aus – ein hervorragender Mann. Und wir haben uns natürlich auch genau umgesehen – ist er als Nationalsozialist möglicherweise belastet; und darf er in einer hohen Position in der Landesverwaltung als leitender Staatssekretär eingesetzt werden? Das ist damals diskutiert worden.

Als die Verhandlungen mit Dänemark im Februar 1955 begannen, waren immerhin fünf Jahre ins Land gegangen, in denen Kracht unangefochten eine exzellente Arbeit geleistet hat. Ich weiß sehr wohl, daß es auch noch heute Leute gibt, die Kritik an Kracht üben. Sie tun das zu Unrecht. Der Mann hat nirgendwo Dreck am Stecken; er hat die nationalsozialistische Zeit nicht in irgendeiner Form mit Schatten durchlaufen, sondern er hat eine aufrechte Arbeit als Oberbürgermeister Flensburgs immer vor dem Bemühen geleistet, auch die dänische Seite menschlich zu behandeln. Als engster Mitarbeiter des Ministerpräsidenten war Kracht der beste Kenner der Verhältnisse. Er und ich waren völlig einer Meinung und haben uns auf die Begegnung in Kopenhagen sehr genau vorbereitet.

NORDSCHLESWIGER: Ich selbst bin dann auf Ur-

laub nach Meran, nach Südtirol, gefahren, sonst hätten wir hier jeden Tag telefoniert. Das wäre bei dem schwierigen Beginn der Verhandlungen in Kopenhagen möglicherweise gar nicht so gut gewesen. Die Dänen hatten das Abschiedsdinner ja bereits auf Dienstagabend angesetzt. Dann ist alles, im Grunde genommen, gewendet worden; und die Dänen haben eingesehen, daß sie alles verhandeln müssen und nicht nur über die fünf Prozent. Das ist im Grunde Kracht zu verdanken.

NORDSCHLESWIGER: Gab es eine Situation, in der die deutsche Seite bzw. Herr Kracht den Gedanken gefaßt hätten, die Verhandlungen abbrechen?

VON HASSEL: Wenn ich hiergeblieben wäre und Kracht hätte abends um 21 Uhr aus der Botschaft angerufen und gesagt: Herr Ministerpräsident, so wie ich das sehe, wird das nichts, hätte ich gesagt: Lassen Sie uns mal überlegen, ob Sie nicht morgen abfahren. Aber nach Meran zu telefonieren, war damals schwierig; und Briefe erhielt ich erst drei Tage später. Nein, es war gut, daß ich weggefahren bin und nicht in der Nähe war.

NORDSCHLESWIGER: Sie rechneten also nicht von vornherein mit einem Erfolg?

VON HASSEL: Die Weisung war folgende: Wenn es nicht zu einer Gesamtlösung auch für die deutsche Volksgruppe kommt, dann bin ich nicht bereit, etwas für die Beseitigung der Fünf-Prozent-Sperrklausel zu tun.

NORDSCHLESWIGER: Im Hintergrund standen die

Aufnahme der Bundesrepublik Deutschland in die Nato und der dänische Wunsch nach Entfernung der Sperrklausel. Im Hintergrund stand also Bonn.

VON HASSEL: Stand es. Aber so ist das nun auch nicht, daß an der Sperrklausel die Aufnahme in die Nato gescheitert wäre. Ich wollte ja auch in die Nato. Und deswegen hatte ich hier ja vorbereitet, daß man großzügig ist. Ich mußte ja meine eigene CDU-Mehrheit im Grenzland überzeugen.

NORDSCHLESWIGER: Sie hatten anfangs einen Beitrag für die dänische Minderheit ins Auge gefaßt.

VON HASSEL: Ja, und ich wollte auch Übergangslösungen haben. Die dänische Minderheit war aber vor den Verhandlungen in Kopenhagen mit Übergangslösungen nicht einverstanden; sie fürchtete, daß daraus Dauerlösungen werden könnten. Die Dänen haben genau gewußt: Wir erreichen die Sache mit der Sperrklausel, wenn wir bereit sind, auch die anderen, aber genauso ersten Schwierigkeiten der deutschen Volksgruppe in Dänemark auszuräumen.

NORDSCHLESWIGER: Hätten Sie sich 1955 träumen lassen, daß die Bonn-Kopenhagener Erklärungen und der hinter ihnen stehende Geist im Laufe der Entwicklung eine derartige Erfolgsgeschichte werden würden?

VON HASSEL: Ich war von ihrem großen Erfolg überzeugt und auch davon, daß es irgendwann einmal Nachbesserungen und entsprechende Wünsche von der einen oder anderen geben würde. Und die Überraschung für mich ist, daß es so, wie es mit Punkt und Komma geschrieben wurde, bis heute hin überhaupt nicht zu verändert werden brauchte, weil man sagt: Es ist tadellos. Wir haben aber auch alles getan, daß das zu einem Erfolg wird, daß es das Tagesgeschehen mit beeinflusst. Das heißt, wir arbeiten im Sinne jener Gedanken, die wir da besprochen haben.

NORDSCHLESWIGER: Die gesamteuropäische Situation hat sich seit der Öffnung des europäischen Ostens und der Wende in Deutschland 1989/90 entscheidend verändert. Vorher weitgehend verdeckte Minderheitenprobleme in Ost- und Südosteuropa sind virulent, wenn nicht gar explosiv geworden. Ließen sich die Bonn-Kopenhagener Erklärungen dort als eine – zumindest teilweise anwendbare – Lösungsmöglichkeit ansehen?

VON HASSEL: Ich sprach von einer großzügigen Lösung. Dazu mußte ich meine Christlichen Demokraten erst einmal trimmen. Ich bin damals großzügig gewesen, weil ich der Auffassung war, daß zwar nur beiderseits der Grenze hier und in Südtirol Minderheitenprobleme sichtbar seien, es aber in der ganzen Welt so viele Minderheiten und Volksgruppen gibt, die brutal unterdrückt werden: Militäregime in Griechenland, Bosnien und Franco in Spanien, die Brutalität des Zentralisten Tito in einem kommunistischen System.

Die Auffassung Hassels war: Die Welt ändert sich irgendwann. Wann das ist, weiß keiner; aber sie wird

sich ändern. Dann werden dort, wo Minderheiten brutal unterdrückt sind, möglicherweise freiheitliche Entwicklungen entstehen. Und dann kommen plötzlich auch dort in Ungarn, Rumänien, der Tschechoslowakei, Jugoslawien, auf Zypern ganz neue Minderheitenprobleme hoch – jetzt nach der Wende sind sie sichtbar. Wir haben 200 Unruheherde in der Welt – allein in den GUS-Staaten 90 solcher Regionen! –, in denen Minderheiten aufeinanderstoßen.

Und da sage ich: Die hiesigen großzügigen Regelungen des Jahres 1955 können in ihren Kernüberlegungen bei uns – identitätsfördernd die Sprache, Schule, Kultur, Vereine, Zeitungen, Rundfunk, Fernsehen – überall dort übernommen werden, wo die Minderheitenfragen gelöst werden müssen. Und wenn sie nicht gelöst werden, kommt es zum Bürgerkrieg!

NORDSCHLESWIGER: Ist das im deutsch-dänischen Grenzland geplante Europäische Zentrum für Minderheitenfragen (EZM) zur Lösung von Minderheitenproblemen im Osten ein Ansatzpunkt?

VON HASSEL: Seit Jahren wird versucht, an die Europäische Menschenrechtskonvention durch ein Zusatzprotokoll eine Konvention für Rechte der Minderheiten und Sprachen anzuhängen. Wir sind daher gut beraten, wenn die Regierungen in Bonn, Kopenhagen und Kiel – unterstützt von der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen (FUEV), die eine sehr ordentliche Arbeit leistet – dafür Sorge tragen, daß diese Dinge jetzt in Straßburg zu einem guten Abschluß kommen – und dann hinterher das Thema des Instituts! Es muß von vornherein klar sein, daß ein solches europäisches Institut hierher kommt. Ob nach Apenrade oder nach Schleswig-Holstein – da mische ich mich nicht ein. Ein Minderheiteninstitut kann aber nur dann etwas Vernünftiges werden, wenn es hier in der deutsch-dänischen Grenzregion liegt.

NORDSCHLESWIGER: Wären Minderheitenrechte analog zu den Bonn-Kopenhagener Erklärungen auch für die neuen Minderheiten der Wanderarbeitnehmer in Deutschland denkbar?

VON HASSEL: Eine Minderheit definiert sich von der geschichtlichen Entwicklung, von der gemeinsamen Sprache und Kultur und der gemeinsamen Region her. Das ist eine Minderheit: also die deutsche Minderheit in Nordschleswig, die dänische Minderheit im Landesteil Schleswig, die deutsche Minderheit in Südtirol – sie hat ihre Bürger nicht etwa in Katalanien oder auf Sizilien –, die Friesen und die Sorben. Eine Minderheit muß also in einem überschaubaren gemeinsamen Raum seit Generationen ansässig sein. Die Türken, Italiener, Spanier, Portugiesen, Algerier, Marokkaner sind über die ganze Bundesrepublik verteilt. Das sind keine Minderheiten. Das gleiche gilt für Sinti und Roma.

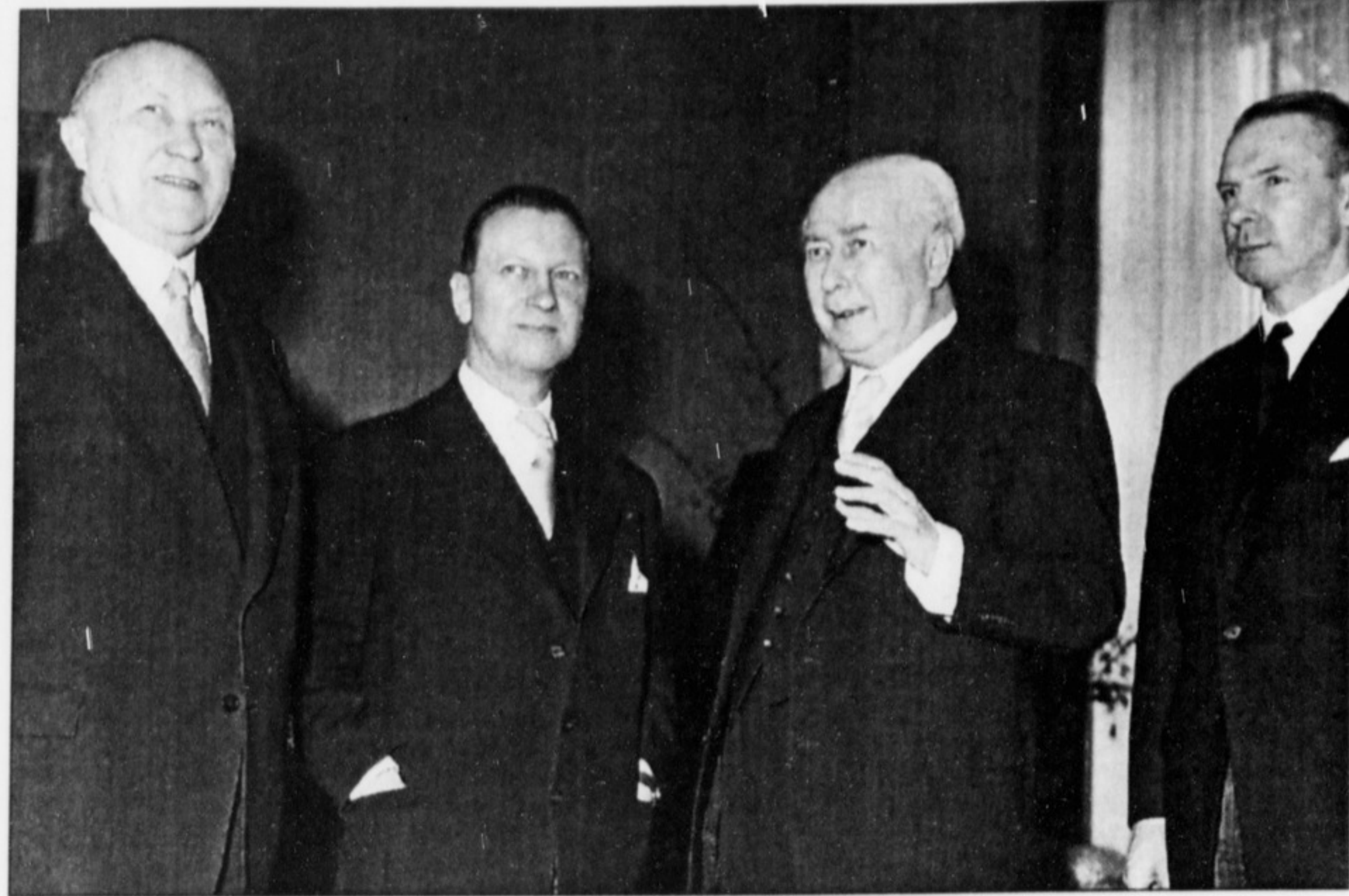
Minderheitenrechte sind gemeinsame Rechte. Sie gelten für eine Gruppe in einem Siedlungsgebiet – gewachsen und entstanden seit Generationen!

ULRICH KÜSEL

40 JAHRE BONN-KOPENHAGENER ERKLÄRUNGEN



29. März 1955: Gespräch am runden Tisch: CDU/CSU-Fraktionsvorsitzender Heinrich von Brentano, Staatsminister H.C. Hansen, Bundeskanzler Konrad Adenauer und SPD-Vorsitzender Erich Ollenauer (v.l.)



Empfang bei Bundespräsident Theodor Heuss (2.v.r.): Bundeskanzler Konrad Adenauer, Staatsminister H.C. Hansen und dänischer Botschafter Frants Hvass (r.) (Fotos: Bundesbildstelle, Bonn)

Wie es zu den Bonn-Kopenhagener Erklärungen kam

Chronologische Übersicht September 1954 bis September 1955

September 1954

12. Sept. Landtagswahl in Schleswig-Holstein - Der Südschleswigsche Wählerverband (SSW), der 42.242 Stimmen erreicht, was einem Stimmenanteil von 3,5 Prozent im ganzen Land entspricht, scheitert an der Fünf-Prozent-Klausel und kann keine Abgeordneten mehr in den Landtag entsenden. In der dänischen Presse wird scharfe Kritik am schleswig-holsteinischen Wahlgesetz geäußert, zumal die deutsche Minderheit in Nordschleswig seit 1953 mit 9.721 Stimmen mit einem Abgeordneten im Folketing vertreten ist.

15. Sept. Vollversammlung des Grenzpolitischen Rates in Husum

15. Sept. In der Beratenden Versammlung des Europarates in Straßburg bringt der dänische Delegierte Hermod Lannung das schleswig-holsteinische Wahlergebnis zur Sprache und fordert die Bundesrepublik Deutschland auf, dafür zu sorgen, daß die dänische Minderheit im Landesteil Schleswig im Landtag vertreten werde.

17. Sept. Äußerung des dänischen Außenministers Hans Christian Hansen im Außenpolitischen Ausschuß des Folketings zur Lage der dänischen Minderheit im Landesteil Schleswig

25. Sept. Stellungnahme der Pressestelle der Landesregierung zur Frage der Wahlklausel: »Schiefe Vergleiche«

Oktober 1954

11. Okt. Wahl Kai-Uwe von Hassels zum schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten.

16. Okt. Auf einer Kreisdelegiertenversammlung der Partei Venstre in Apenrade wird eine Erklärung angenommen, in der als Voraussetzung für Dänemarks Zustimmung zur Aufnahme der Bundesrepublik Deutschland in die NATO die Zusage der demokratischen Freiheiten für die dänische Bevölkerung im Landesteil Schleswig angesehen wird.

19. Okt. Große Anfrage der Bundestagsfraktion der SPD zum nationalen Minderheitenrecht an die Bundesregierung.

19./20. Okt. Außenpolitische Debatte des Folketings zur Aufnahme der Bundesrepublik Deutschland in die NATO. Beinahe alle Parteien sprechen sich für die Aufnahme aus, gleichzeitig wird der Außenminister aber aufgefordert, die dänischen Gesichtspunkte hinsichtlich der Interessen der dänisch-gesinnten Südschleswiger auf der bevorstehenden NATO-Ratsversammlung in Paris vorzubringen.

20. Okt. Folketingsrede des deutsch-nordschleswigschen Abgeordneten Hans Schmidt-Oxbüll zum Lebensrecht der deutschen und der dänischen Minderheit.

22. Okt. Nach der Erklärung des dänischen Außenministers H.C. Hansen auf der NATO-Ratsversammlung in Paris kommt es zu einem Korridorgespräch mit Bundeskanzler Konrad Adenauer, der erklärt, die Bundesregierung sei bereit, zu einer positiven Lösung der Minderheitenfragen in Schleswig-Holstein beizutragen; er habe bereits Verhandlungen darüber mit Ministerpräsident von Hassel geführt; und man könne erwarten, daß es zu einer befriedigenden Lösung kommen werde.

November 1954

8. Nov. Regierungserklärung des schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten von Hassel. Vorgeschlagen wird ein Ver-

trag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Dänemark über die beiderseitigen Minderheiten.

9./10. Nov. Landtagsdebatte zur Regierungserklärung.

12. Nov. In einer Rede in Aalborg wendet sich Außenminister H. C. Hansen gegen einen Minderheitenvertrag.

12. Nov. In einer Rede in Århus sieht der frühere dänische Außenminister Ole Bjørn Kraft nach Lage der Dinge keinen anderen Weg, »als daß die dänische Regierung jetzt versuchen müsse, Fühlung mit der deutschen Bundesregierung aufzunehmen und dort Verständnis dafür zu wecken, daß eine Änderung der Bedingungen, unter denen die dänische Minderheit arbeitet, notwendig ist«.

17. Nov. Der Außenpolitische Ausschuß des Folketings spricht sich gegen einen Minderheitenvertrag zwischen Dänemark und Deutschland aus.

17. Nov. In einer Rede in Gentofte erklärt der Vorsitzende des Südschleswischen Vereins (SSV), Niels Bøgh Andersen, daß die dänische Minderheit an einem Minderheitenvertrag nicht sonderlich interessiert sei.

18. Nov. Antrag der SPD-Landtagsfraktion betr. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landeswahlgesetzes

30. Nov. Erstes Gespräch zwischen Ministerpräsident von Hassel und Vertretern der dänischen Minderheit in Kiel zur »umfassenden gegenseitigen Orientierung über die gegebene Lage«. In der Unterredung sind »die auf eine Minderheitenvertretung im Landtag abzielenden Wünsche, ferner kulturelle und wirtschaftliche Anliegen der dänischen Minderheit sowie verfassungsrechtliche Fragen eingehend erörtert« worden, die Besprechung habe sich auch auf die Wünsche der deutschen Minderheit in Nordschleswig erstreckt.

Dezember 1954

7. Dez. Entschließung des Grenzpolitischen Rates auf einer Vorstandssitzung in Flensburg zu einer Gesamtregelung der Minderheitenfragen

7. Dez. Antrag der Bundestagsfraktion der CDU/CSU, FDP, GB/BHE, DP zur Großen Anfrage der SPD betr. nationales Minderheitenrecht

8. u. 10. Dez. Bundestagsdebatte zur Großen Anfrage der SPD betr. nationales Minderheitenrecht

11. Dez. Rede H. C. Hansens beim Fest des Kopenhagener Journalistenverbandes zum Verhältnis Dänemarks zur Bundesrepublik Deutschland und zu den Minderheitenfragen

14. Dez. »Wunsch nach guter Nachbarschaft« - In einem Artikel in den »Kieler Nachrichten« nimmt Ministerpräsident von Hassel zum deutsch-dänischen Verhältnis Stellung.

20. Dez. Erste Lesung des von der SPD-Landtagsfraktion vorgelegten Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Landeswahlgesetzes. Mit Rücksicht auf die laufenden Besprechungen ist die SPD mit einer kurzfristigen Zurückstellung des Gesetzentwurfes einverstanden.

29. Dez. Zweites Gespräch zwischen Ministerpräsident von Hassel und Vertretern der dänischen Minderheit. Der Ministerpräsident wird dem Kabinett als Übergangslösung bis zu einer endgültigen Vertretung der Minderheit im Landtag die Bildung eines Beirats für Fragen der dänischen Minderheit vorschlagen, in dem diese angemessen vertreten sein soll.

Dieser Vorschlag soll gleichzeitig der Leitung der dänischen Minderheit unterbreitet werden.

Januar 1955

5. Jan. Gespräch des Flensburger Bundestagsabgeordneten Will Rasner (CDU) mit dem konservativen Folketingsabgeordneten Karl Bøgholm in Kopenhagen zur Vorbereitung der deutsch-dänischen Verhandlungen

6. Jan. Der dänische Unterrichtsminister Bomholt spricht sich in einer Rede in Tondern für das Examenrecht für die deutschen Schulen in Nordschleswig aus.

6. Jan. Das Landeskabinett stimmt dem Vorschlag des Ministerpräsidenten von Hassel zu, bei der Landesregierung einen Beirat zu bilden.

11. Jan. Der SSW weist von Hassels Vorschlag in einem Schreiben zurück.

15. Jan. Schreiben Karl Bøgholms an Will Rasner, in dem mitgeteilt wird, daß das dänische Außenministerium mit dem im Gespräch vom 5. Januar gemachten Vorschlägen einverstanden sei.

17. Jan. Bericht Will Rasners an das Auswärtige Amt über den Inhalt des Gesprächs

Februar 1955

2. Febr. Der deutsche Geschäftsträger in Kopenhagen überreicht dem dänischen Staats- und Außenminister H. C. Hansen eine Note, in der die Aufnahme von Verhandlungen über die Probleme der Minderheiten beiderseits der Grenze empfohlen wird.

5. Febr. Unterredungen H. C. Hansens im Staatsministerium mit Vertretern aller Parteien zur deutschen Note

7. Febr. Behandlung der Südschleswig-Frage im britischen Unterhaus in London

7. Febr. Rede des Ministerpräsidenten von Hassel anläßlich des Oeversee-Gedenkmarsches

9. Febr. Der Außenpolitische Ausschuß des Folketings billigt die dänische Antwortnote. Überreichung dieser Note. Die dänische Regierung erklärt sich damit einverstanden, daß die vorgeschlagenen Verhandlungen bereits in naher Zukunft aufgenommen werden.

11. Febr. Veröffentlichung der Noten **21./22. Febr.** Äußerungen zu den bevorstehenden Minderheitenverhandlungen im Schleswig-Holsteinischen Landtag während der Ersten Lesung des Haushaltsgesetzes

26. Febr. Empfehlungen der außerordentlichen Delegiertenversammlung des Bundes deutscher Nordschleswiger in Tingleff (sog. Tingleffer Empfehlungen)

28. Febr. Eröffnung der deutsch-dänischen Verhandlungen in Kopenhagen

März 1955

5. März Abschluß der Verhandlungen in Kopenhagen mit einem gemeinsamen Kommuniqué

16. März Vollversammlung des Grenzpolitischen Rates in Flensburg

25. März Bedenken von »Danske Samfund« (Erklärung der Hauptvorstandssitzung in Apenrade)

27. März Rede H. C. Hansens zum Verlauf der Verhandlungen in Sonderburg

28./30. März Besuch H. C. Hansens in Bonn

28. März Zum Abschluß der Verhandlungen wird in Bonn von den beiden Verhandlungsführern Dr. Wilhelm Nöldeke und Nils Svenningsen ein gemeinsames Protokoll unterzeichnet.

29. März Bundeskanzler Adenauer unterzeichnet die Erklärung der Bundesregierung (Bonner Erklärung), Staats- und Außenminister H. C. Hansen die Erklärung der dänischen Regierung (Kopenhagener Erklärung). Die Bonn-Kopenhagener Erklärungen werden von allen Seiten begrüßt.

31. März Erklärung von Ministerpräsident von Hassel vor dem Schleswig-Holsteinischen Landtag zu dem Ergebnis der deutsch-dänischen Besprechungen über die Rechte der beiderseitigen Minderheiten und Vorlage eines Gesetzes zur Änderung des Landeswahlgesetzes. Der Landtag begrüßt die Bonner Erklärung.

April 1955

1. April Staats- und Außenminister H. C. Hansen legt die Erklärung über die allgemeinen Rechte der deutschen Minderheit dem Folketing vor. Unterrichtsminister Bomholt legt ein Gesetz vor, durch das das früher erlassene Gesetz betr. private deutschsprachige Schulen in Nordschleswig geändert wird.

13. April Folketingsdebatte zur Kopenhagener Erklärung. Der deutsch-nordschleswigsche Folketingsabgeordnete Hans Schmidt-Oxbüll stimmt der Kopenhagener Erklärung vorbehaltlos zu.

18. April Wahlrede von Hassels in Flensburg

19. April Das Folketing ratifiziert mit 145 Stimmen den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zur NATO (dagegen 24 Abgeordnete) und mit 156 Stimmen die Kopenhagener Erklärung (dagegen neun Abgeordnete [acht Kommunisten und die Radikale Ingeborg Refslund Thomsen, Apenrade] sowie drei Enthaltungen [ein Konservativer und zwei Radikale]).

19. April Eine Deputation aus Nordschleswig (»Danske Samfund«) spricht sich in Kopenhagen vor dem Folketingsausschuß gegen das volle Examenrecht für die deutschen Minderheitenschulen aus.

28. April Zweite Lesung des Schulgesetzes im Folketing.

Mai 1955

9. Mai Rede H. C. Hansens auf der NATO-Ratssitzung in Paris

11. Mai Die Synode der Ev.-Luth. Landeskirche Schleswig-Holsteins verabschiedet das Kirchengesetz über den Gebrauch der dänischen Sprache bei Gottesdiensten und Amtshandlungen.

13. Mai Das Kirchengesetz tritt in Kraft.

16. Mai Das Folketing verabschiedet in dritter Lesung das Schulgesetz mit 154 gegen sieben Stimmen (sechs Kommunisten und die Radikale Ingeborg Refslund Thomsen, Apenrade) und bei einer Enthaltung. Ein gegen die deutsche Minderheit gerichtetes Ausnahmengesetz, das ihre deutschen Schulen schlechter gestellt hätte als die dänischen, fällt damit: Sie kann wieder Examenschulen eröffnen.

23. Mai Der Schleswig-Holsteinische Landtag verabschiedet das Gesetz zur Änderung des Landeswahlgesetzes (Aufhebung der Fünf-Prozent-Klausel für die dänische Minderheit).

24. Mai Das Gesetz über Änderung des Gesetzes über private deutschsprachige Schulen, deutschsprachigen Hausunterricht u.a. in den südjütischen Landesteilen (= Nordschleswig) tritt in Kraft.

31. Mai Das Gesetz zur Änderung des Landeswahlgesetzes tritt in Kraft.

Juni 1955

1. Juni Der schleswig-holsteinische Innenminister Dr. Dr. Pagel unterrichtet Vertreter der dänischen Minderheit in einem Gespräch über den Gebrauch des Danebrog bei den Jahrestreffen. Die Beflaggung wird gestattet. Der Innenminister äußert die »Hoffnung, daß in Nordschleswig bei entsprechenden Veranstaltungen der deutschen Minderheit eine ähnlich großzügige Einstellung gegenüber der Bundesflagge bekundet wird«.

7. Juni Bekanntmachung der Erklärung der allgemeinen Rechte der deutschen Minderheit (Kopenhagener Erklärung)

18. Juni Auf der Hauptversammlung des Bundes deutscher Nordschleswiger in Tingleff bezeichnet der Vorsitzende, Folketingsabgeordneter Hans Schmidt-Oxbüll, das Zustandekommen der Bonner und Kopenhagener Erklärungen als »Annäherung an einen natürlichen und gesunden Gleichgewichtszustand«, der die Voraussetzung für die Funktion der Minderheiten als Mittler zwischen den Völkern sei.

23. Juni Der Außenpolitische Ausschuß des Deutschen Bundestages billigt die Erklärung der Bundesrepublik Deutschland über die allgemeinen Rechte der dänischen Minderheit (Bonner Erklärung).

Juli 1955

5. Juli Das Gespräch zwischen der Landesregierung und Vertretern der dänischen Minderheit über eine Übergangslösung führt zu keinem Ergebnis.

6. Juli Der dänische Delegierte Hermod Lannung bittet die deutschen Delegationsmitglieder während der Sitzung der Beratenden Versammlung des Europarates, bei der Lösung der noch offenen Minderheitenfragen (Übergangslösung) mitzuhelfen.

6. Juli Der Deutsche Bundestag billigt die Erklärung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland über die allgemeinen Rechte der dänischen Minderheit.

18.-21. Juli Privater Besuch von Hassels in Kopenhagen auf Einladung des deutschen Botschafters. Der Ministerpräsident erklärt gegenüber dänischen Politikern, daß die dänische Minderheit die Landesregierung hinsichtlich der Übergangslösung nicht »überfordern« solle.

August 1955

6. Aug. Der SPD-Fraktionsvorsitzende im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Wilhelm Käber, schlägt für den Übergang bis zur nächsten Landtagswahl eine neue Lösungsmöglichkeit vor: »An Stelle des Beirats bei der Regierung sollte der Landtag einen besonderen Ausschuß einsetzen, in dem der Minderheit Gelegenheit zur Mitsprache und Mitberatung in den dafür geeigneten Fragen der Landespolitik gegeben wird.«

16.-20. Aug. Dänisch-deutsche Begegnung in der Heimvolkshochschule Magleås bei Kopenhagen; die Vorträge (1956 unter dem Titel »Grænsekampen i ny fase« veröffentlicht) finden starke Beachtung.

September 1955

13. Sept. Der Schleswig-Holsteinische Landtag bildet einen »Ausschuß für Angelegenheiten der dänischen Minderheit« und billigt die Erklärung der Landesregierung vom 13. September 1955 zur Kieler Erklärung und zum Verständigungsausschuß.

40 JAHRE BONN-KOPENHAGENER ERKLÄRUNGEN

Völkerrechtlich »nur von gewisser Bedeutung – aber von einer starken moralischen Verpflichtung«

NORDSCHLESWIGER-Interview mit Prof. Troels Fink, Apenrade, über sein Mitwirken an den Verhandlungen zu den Bonn-Kopenhagener Erklärungen 1955 und ihre anfängliche Ablehnung, über vorherige Kontakte zwischen deutschen und dänischen Politikern, die Unterzeichnung in Bonn und ein Frühstück bei Bundespräsident Heuss

NORDSCHLESWIGER: Herr Professor Fink, als Historiker waren Sie von 1946 bis 1959 zugleich Sachverständiger für schleswigsche Fragen beim dänischen Außenministerium. In welcher Weise haben Sie am Zustandekommen der Bonn-Kopenhagener Erklärungen mitgewirkt?

PROF. TROELS FINK: 1946 explodierten die Probleme südlich der Grenze. In der ersten Zeit ging es um das besondere Verhältnis zu den Engländern. Nach 1950, nachdem Deutschland wieder so einigermaßen in Ordnung gekommen war mit Wirtschaftswunder usw., gab es eine andere Problematik.

NORDSCHLESWIGER: Welche?

FINK: Es waren in größerem Maße Bestrebungen, auf die eine oder andere Weise für die Dänen südlich der Grenze ein gesichertes Dasein innerhalb Deutschlands zu finden. Nach 1945 hatte es den nachdrücklichen Wunsch einer großen Gruppe Menschen in Südschleswig gegeben, die Grenze zu verschieben. Das änderte sich; und daher ging es jetzt darum, die Minderheit zu schützen.

Die zweite Phase begann mit der sog. Kieler Erklärung 1949. Das war für die deutsche Minderheit hier in Nordschleswig Anlaß, ebenfalls eine solche Erklärung zu erreichen.

NORDSCHLESWIGER: Eine Art Gegenseitigkeit?

FINK: Ja, praktisch. Wir erörterten das im Ministerium. Und da schlug ich als konkrete Antwort eine Auflistung aller Rechte vor. Das war als ein Brief an die deutsche Minderheit gedacht, welche Stellung sie im Blick auf verfassungsmäßig gesicherte Rechte hat. Das nahm Ernst Siegfried Hansen – er war ja ein sehr tüchtiger Politiker – zum Anlaß, das Schreiben zu dem umzufunktionieren, was er »das Kopenhagener Protokoll« nannte. Und dieses »Kopenhagener Protokoll« ist ja nie aus Verhandlungen hervorgegangen und ebensowenig ein zu Papier gebrachtes Verhandlungsergebnis. Aber es war ein sehr kluger Schachzug von Hansen, denn so konnte er sagen: Es gibt also eine Parallelität zwischen der Kieler Erklärung und dem Kopenhagener Protokoll. Aber es ist, wie gesagt, kein Ausfluß von Verhandlungen zwischen der dänischen Regierung und der Minderheit.

Dann kamen die Verhältnisse mehr und mehr in Ordnung; und ab 1953 war die deutsche Minderheit wieder im Folketing repräsentiert – mit Hans Schmidt-Oxhüll. Er erzielte gut 9.000 Stimmen. Im Jahr danach gab es eine Landtagswahl in Schleswig-Holstein; und die Partei der dänischen Minderheit konnte mit gut 42.000 Stimmen keine Abgeordneten in den Schleswig-Holsteinischen Landtag schicken.

NORDSCHLESWIGER: ...aufgrund der Sperrklausel.

FINK: ...aufgrund der Sperrklausel. Und damit wurde diese Klausel zu einem zentralen Problem. Denn man sagte: Es ist ist unangemessen, daß man mit so vielen Stimmen nicht repräsentiert sein kann. Aus meiner Sicht hätte man das deutscherseits ohne weiteres ändern können, aber in

Schleswig-Holstein wollte man einen Beirat für Minderheitenfragen einrichten.

Und dann entstand eine spezielle Situation, die alles ins Rutschen brachte: Das war die Aufforderung an Deutschland, der Nato beizutreten und damit eine akzeptierte Macht in der westlichen Zusammenarbeit zu werden. Zur Aufnahme Deutschlands in die Nato war jedoch Einstimmigkeit erforderlich; und das hieß: Dänemark hat ein Vetorecht. Es gab einige, die viel Gewicht darauf legten und sagten: Wir wollen diese Situation dazu nutzen, den Deutschen vorzuschlagen, das schleswig-holsteinische Landeswahlgesetz zu ändern, so daß die Fünf-Prozent-Sperrklausel aufgehoben wird.

Allerdings muß man gleich unterstreichen, daß Dänemark sein Veto nicht hätte aufrechterhalten können. Es war aber eine taktisch gute Ausgangssituation.

NORDSCHLESWIGER: Welche Bündnispartner hatte Dänemark in dieser Frage in der Nato?

FINK: Keine! Dänemark hatte einzig und allein sein Vetorecht. Und das wollte man dazu benutzen, die Deutschen auf dieses Problem aufmerksam zu machen. Das geschah auf einer Nato-Ratsversammlung im Oktober 1954 in Paris, an der Bundeskanzler und Außenminister Konrad Adenauer erstmals teilnahm.

Der dänische Außenminister H.C. Hansen sprach das Problem an: Es wäre für die gute Zusammenarbeit der kommenden Zeit ein Symbol, wenn man jene Bestimmung im schleswig-holsteinischen Wahlgesetz ändern würde, die die dänische Minderheit ausschließt. Es war sehr, sehr vorsichtig formuliert. Adenauer sagte eine Behandlung dieser Frage zu.

NORDSCHLESWIGER: Und welche Rolle spielten Sie dabei?

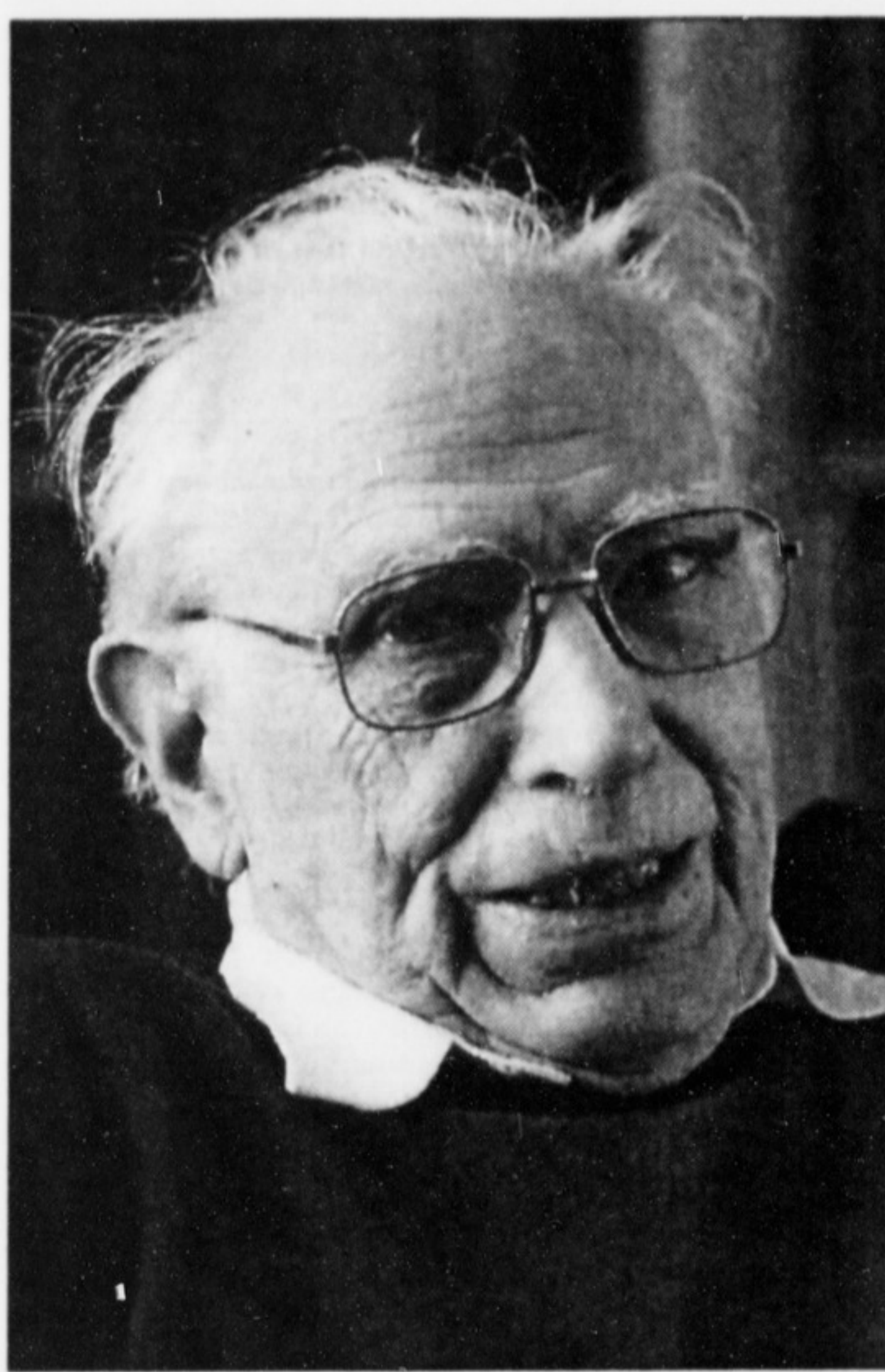
FINK: Ich hatte die Aufgabe, diese politischen Vorgänge zu bewerten und Gutachten zu schreiben. Als erstes sagte ich: Jetzt können wir ruhig abwarten, was geschehen wird. Ausgehend von der Stellungnahme Adenauers muß die deutsche Seite an uns herantreten. Aber auf diese Weise gab es große Schwierigkeiten, weil man im Land Schleswig-Holstein einen Vertrag haben wollte. Und einen Vertrag hatte man von dänischer Seite abgelehnt. Das Problem wurde dadurch gelöst, daß ein deutscher Bundestagsabgeordneter...

NORDSCHLESWIGER: ...Will Rasner (CDU) aus Flensburg...

FINK: ...nach Kopenhagen kam und verschiedene Möglichkeiten vorschlug und darunter auch parallele Erklärungen.

NORDSCHLESWIGER: Mit wem sprach Rasner in Kopenhagen?

FINK: Rasner sprach mit einem sehr eigenartigen konservativen Folketingsabgeordneten namens Karl Bøgholm. Ich glaube, Rasner hatte ihn vorher einmal auf einer Tagung der konservativen Parteien Europas getroffen; und deswegen ging er zu Bøgholm. Bøgholm ging anschließend zum früheren Außenminister Ole Bjørn Kraft. Und Kraft hielt seine Informationen eine Woche lang zurück; und erst Mitte des Monats Januar 1955 – so-



Prof. Troels Fink (82) stammt aus Apenrade, war von 1950 bis 1959 Professor für Geschichte an der Universität Århus, von 1959 bis 1975 dänischer Generalkonsul in Flensburg und von 1976 bis 1979 Direktor des Instituts für Grenzregionforschung. Apenrade. Als Sachverständiger für schleswigsche Fragen beim dänischen Außenministerium von 1946 bis 1959 war Fink im Jahre 1955 an den Verhandlungen zu den Bonn-Kopenhagener Erklärungen beteiligt (Foto: Karin Riggelsen)

weit ich mich erinnere – erhielten Außenminister H.C. Hansen und Staatsminister Hans Hedtoft Bescheid.

Anfang Februar stimmte man von dänischer Seite Verhandlungen über parallele, nicht miteinander verbundene Erklärungen zu.

Die Verhandlungen begannen also im Februar 1955. Man war sich einig, weder die Frage einer Loyalitätserklärung zu erörtern noch eine Stellungnahme abzugeben, daß die Grenze festliege. Aber das tut sie natürlich aufgrund der faktischen Verhältnisse, wenn man über diese Fragen verhandelt. Die bestehenden Verhältnisse stellen ja die Verhandlungsgrundlagen dar.

NORDSCHLESWIGER: War zu diesem Zeitpunkt auch die schleswig-holsteinische Landesregierung beteiligt?

FINK: Nur über die Bundesregierung. Die Bundesregierung – das kenne ich aber nicht bis in die Einzelheiten – hat der Landesregierung zu verstehen gegeben, sie müsse dies jetzt akzeptieren.

NORDSCHLESWIGER: Seitens der schleswig-holsteinischen Landesregierung war Ministerialdirektor Dr. Dr. Ernst Kraft aus der Staatskanzlei Mitglied der deutschen Verhandlungsdelegation.

FINK: Als Ende Februar die Verhandlungen begannen, war Kraft dabei. Er galt dänischerseits nicht unbedingt als persona grata. Denn er war vor dem Krieg Oberbürgermeister in Flensburg gewesen und hatte gegen die dänische Minderheit ein sehr hartes Regiment geführt.

NORDSCHLESWIGER: Gab es von dänischer Seite Vorbehalte gegen Kraft?

FINK: Das hatten wir nicht. Aber es war hart an der Grenze.

NORDSCHLESWIGER: Sie kannten doch Krafts Vergangenheit!

FINK: Ja, wir fühlten natürlich, daß dies taktisch war. Wir verhandelten mit Kraft selbstverständlich nett und höflich; er hatte sich im Verhältnis zu früher sehr geändert.

NORDSCHLESWIGER: Ministerpräsident Kai-Uwe von Hassel sagte einmal, daß man seitens der Landesregierung ein Ergebnis auch für die deutsche Minderheit erreichen wollte: »Wenn die dänische Seite nicht bereit gewesen wäre, unseren Wünschen zuzuhören, wäre es möglicherweise zu einem Rückzug des deutschen schleswig-holsteinischen Verhandlungspartners Dr. Kraft gekommen.« Hat Kraft irgendwann einmal damit gedroht, sich zurückzuziehen?

FINK: Nein.

NORDSCHLESWIGER: Niemals?

FINK: Nein. In dem Augenblick, in dem wir von dänischer Seite sagten, wir verhandeln auf gegenseitiger Basis und beziehen beide Minderheiten ein, war diese Situation ausgeschlossen.

NORDSCHLESWIGER: Welche Rolle spielte Will Rasner?

FINK: Rasner spielte nur eine Rolle bei der Kontaktknüpfung. Danach war er nicht mehr beteiligt.

NORDSCHLESWIGER: Der dänische Außenminister Ole Bjørn Kraft soll Kontakte zum deutschen Bundesminister Heinrich Hellwege (damals Deutsche Partei) gehabt haben.

FINK: Kraft war zu diesem Zeitpunkt nicht mehr Außenminister. Der Ministerwechsel war bereits 1953 erfolgt; und H.C. Hansen wurde Außenminister. Kraft war von 1950 bis 1953 Außenminister gewesen. Er hatte Kontakte zu deutschen CDU-Leuten. Hans Hedtoft starb im Januar 1955; und H.C. Hansen war danach sowohl Staats- als auch Außenminister.

NORDSCHLESWIGER: Also schon im Vorfeld, lange bevor man mit den ersten Gesprächen begann.

FINK: Ja. Aber Kraft spielte 1955 keine Rolle.

NORDSCHLESWIGER: Gibt es Anhaltspunkte, daß Kraft schon lange vorher, zum Beispiel 1952 oder 1953, mit Heinrich Hellwege über Grenzland- und Minderheitenfragen gesprochen hat?

FINK: Das ist durchaus denkbar. Aber ich weiß es nicht. Auch ein bekannter deutscher Politiker hat sich für diese Frage interessiert.

NORDSCHLESWIGER: Kurt Georg Kiesinger, der Vorsitzenden des Außenpolitischen Ausschusses des Deutschen Bundestages und späterer Bundeskanzler.

FINK: Ja. Er war mit diesen Fragen befaßt. Daran kann ich mich erinnern.

NORDSCHLESWIGER: Auch im Zuge der Verhandlungen?

FINK: Nein. Im Jahr zuvor gab es Kontakte. Und Bøgholm hatte auch Kontakte zu Kiesinger gehabt.

Die eigentlichen Verhandlungen gingen außerordentlich schnell vor sich. Wir nahmen auf der einen Seite die Kieler Erklärung, auf der anderen Seite das Kopenhagener Protokoll vor und gingen Punkt für Punkt durch. Die eigentlichen Dokumente füllen ja sozusagen nichts aus. Wenn Leute aus dem Ausland kommen und die deutsch-dänischen Erklärungen sehen wollen, dann steht da nicht viel.

NORDSCHLESWIGER: Nur eine Bestätigung dessen, was man bereits hatte?

FINK: Ja und nein. Das Positive liegt darin, daß die schleswig-holsteinische Landesregierung zu erkennen gab, die Fünf-Prozent-Sperrklausel aufheben zu wollen. Die Erklärungen enthalten eine Aufzeichnung der Rechte der Minderheiten. Und dann gibt es eine Reihe Punkte, in denen man einander Zusagen macht. Die Landesregierung versprach die Aufhebung der Sperrklausel. Wir von dänischer Seite sagten das Examenrecht für das Deutsche Gymnasium in Apenrade zu. Daraufhin sagten die Deutschen, wir geben der Duborg-Skole das Examenrecht. Das sind die konkreten Punkte. Aber sie haben jenen Charakter, daß für die Erfüllung der Zusagen kein weiteres Papier notwendig war.

NORDSCHLESWIGER: Welche Forderungen stellte die Landesregierung? Sie hatte ja mit der Sperrklausel ein Druckmittel.

FINK: Die mußte sie aufgeben. Es gab keine Forderungen. Als wir fertig waren, sagte Kraft, der Fall sei denkbar, daß die deutsche Minderheit nicht im Folketing vertreten sei, weil ihre Stimmenzahl nicht reiche. Daraufhin antwortete Nils Svenningsen: Dann wird eine neue Situation eingetreten sein. Es wurden keine Zusagen irgendwelcher Art gegeben. Aber später erhielt die deutsche Minderheit ja ihr Kopenhagener Sekretariat vom Staatsministerium als Ersatz für ein Folketingsmandat. Die Zugeständnisse von deutscher Seite waren am größten, weil man kein Gegenstück für die Fünf-Prozent-Klausel erhielt. Da hatten wir dänischerseits ja nichts zu geben. Die Minderheit war ja im Folketing repräsentiert.

NORDSCHLESWIGER: Trotzdem gab es in Dänemark die Zwei-Prozent-Sperrklausel.

FINK: Sie spielte keine Rolle. Die deutsche Minderheit hätte ja nie die Zwei-Prozent-Klausel überspringen können. Ihr Vertreter war aufgrund der Verhältnismäßigkeit in den Großkreisen gewählt.

NORDSCHLESWIGER: Welche Rolle spielte Nils Svenningsen?

FINK: Er war Leiter der dänischen Verhandlungsdelegation. Ihm stand der deutsche Diplomat Dr. Wilhelm Nöldeke gegenüber. Svenningsen war ungeheuer geschickt und hatte den enormen Vorteil, daß er hervorragend Deutsch sprach. Er beherrschte die deutsche Sprache. Manchmal, wenn es Unsicherheiten in den Formulierungen gab, dann konnte er helfen: »Können wir das nicht so sagen?« Er war sehr entgegenkommend. In den Schulfragen wurde viel mit Dr. Karl Gade, dem Leiter des Deutschen Gymnasiums, diskutiert, der zu Beginn nicht dabeigewesen war, aber zu den Schulfragen hinzugezogen wurde.

NORDSCHLESWIGER: Welche Rolle spielte die sog. Rechtsabrechnung in den Verhandlungen?

FINK: Sie wurde berührt. Von dänischer Seite meinten wir, daß diese Fragen nicht in diesem Zusammenhang zu erörtern wären. Eine Rolle spielten jedoch die Kriegsinvalidenten; aber das betraf einseitig die Deutschen.

Die deutsch-dänischen Minderheitenerklärungen sind nicht völkerrechtlich gegenseitig verpflichtend. Sie sind also nicht gerichtlich verwertbar. Sie haben aber dennoch eine gewisse völkerrechtliche Bedeutung, weil sie notifiziert sind: Sie haben das Folketing passiert; es hat ihnen ebenso zugestimmt wie der Bundestag. Wir können sie nicht ändern, ohne daß wir es dem jeweiligen Partner mitteilen. Theoretisch sind sie veränderbar. Wenn man dies aber tut, dann muß dies der Regierung der Gegenseite angezeigt werden. Das ist aber rein hypothetisch. Denn niemand träumt von einer Änderung. In diesem Sinn haben die Erklärungen ihre Bedeutung; und sie sind eine starke moralische Verpflichtung.

Und im historischen Rückblick gesehen: Im Grenzland waren die Erklärungen bei ihrer Annahme gar nicht populär. Hier in Nordschleswig standen ihnen viele der alten Dänen stark ablehnend gegenüber. Man wollte keine Vereinbarungen mit Deutschland treffen – nicht einmal einseitige und miteinander abgestimmte Erklärungen. Und im Land Schleswig-Holstein waren viele unzufrieden, daß es keine Loyalitätserklärung der dänischen Minderheit gab.

Das Eigentümliche ist, daß die Minderheitenerklärungen auf oberer Ebene beschlossen wurden. Und dann wurden sie akzeptiert. Das dauerte lange Zeit; und viele Vorurteile mußten überwunden werden. Aber nach und nach wurden sie Richtschnur für jenen Geist, den die Regierungen in ihren Erwartungen ausdrückten, daß alle beteiligten Stellen sich bemühen werden, die Rechte der Minderheiten im Sinne der Erklärungen zu achten und zu wahren.

NORDSCHLESWIGER: Die Minderheitenerklärungen sind also eine Erfolgsgeschichte.

FINK: Ja. Hätte es 1954 nicht die Situation mit der Aufnahme Deutschlands in die Nato gegeben, dann wäre die Entwicklung sehr viel langsamer verlaufen. Die Erklärungen gaben ihr geradezu Schubkraft. Und die Zeit hat inzwischen die Intentionen eingeholt, die in diesen Erklärungen liegen.

Als alles klipp und klar war, fanden die Unterzeichnungen in Bonn statt. Und das war sehr vergnüglich. Wir waren über alle Probleme hinweg; es wurde nur noch unterschrieben. Es gab einen gesellschaftlichen Rahmen. Wir waren bei Bundespräsident Theodor Heuss zum Frühstück geladen; und er schwälberte. In seiner Rede hieß es: »Wir können ja auch von den Dänen sehr viel lernen. Sie haben bei Ihnen den Kierkegaard; und sie haben auch den Grundtvig. Das heißt, von dem Grundtvig können wir sehr viel lernen; der Kierkegaard hat die Geister sehr verwirrt!«

NORDSCHLESWIGER: Heuss war ja ein sehr belebter Mann.

FINK: ...und seine Wurzeln reichten zurück bis in den deutschen Altliberalismus. Und er hatte auch die Volksbildung im Sinn. Es ist sehr richtig: Für die Minderheitenerklärungen können wir Grundtvig danken. Für diesen freihetlichen Gedankengang innerhalb von Schule und Kirche hat Grundtvig sich vor 150 Jahren eingesetzt. Er war der erste, der sagte: Die Eltern sollen wählen, ob sie ihre Kinder in die dänische oder deutsche Schule schicken wollen. Diese Ideen kamen 1920 erneut ans Licht.

NORDSCHLESWIGER: In den letzten zehn Jahren hat es gewisse Veränderungen und Weiterentwicklungen gegeben: 100 Prozent Landeszuschüsse für die dänischen Schulen seit 1983/85, deutsches Sekretariat in Kopenhagen 1983. Man ist von einem Nebeneinander zu einem Miteinander gelangt.

FINK: Diese Entwicklung läßt sich als natürlich ansehen. In Flensburg sagt man: »Es ist nicht mehr so gemein und sein dänisch«. In meiner Kindheit herrschte gegenüber dem Dänischen geradezu Verachtung. Ein nationaler Kampf gegeneinander wie in meiner Jugend ist ja kein Ideal. Das Ideal ist vielmehr, daß man in gegenseitigem Respekt miteinander leben kann. Und es ist mir eine große Freude, daß wir so weit gekommen sind, daß wir uns gegenseitig respektieren können.

NORDSCHLESWIGER: Und die neue Situation – die deutsche Vereinigung 1990 – hat das Grenzland und die deutsch-dänischen Relationen nicht berührt.

FINK: Nein. Man hätte ja auf dieser Grundlage ein starkes Emporkommen eines deutschen Nationalismus erwarten können. Das ist aber nicht geschehen. Ich glaube schon, daß die Ossis und Wessis das nationale Problem in Deutschland darstellen – nicht sein Verhältnis zur Umwelt, sondern seine innere Teilung. Es wird Zeit kosten, dieses zu überwinden.

ULRICH KÜSEL

40 JAHRE BONN-KOPENHAGENER ERKLÄRUNGEN

Bonn-Kopenhagener Erklärungen vom März 1955

Erklärung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland vom 29. März 1955

Ergebnisse der deutsch-dänischen Besprechungen

Das Auswärtige Amt gibt bekannt:

Die dänisch-deutschen Besprechungen über die Rechte der beiderseitigen Minderheiten haben zu folgenden Ergebnissen geführt:

- I. Die Bundesregierung legt dem Bundestag die beigefügte Erklärung über die allgemeinen Rechte der dänischen Minderheit zur Billigung vor.
2. Die Bundesregierung setzt sich dafür ein, daß die im Bundeswahlgesetz vom 8. 7. 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 470) in § 9 Abs. 5 zu Gunsten der na-

tionalen Minderheiten getroffene Regelung in das künftige Bundeswahlrecht übernommen wird.

3. Die Landesregierung Schleswig-Holstein hat die Bundesregierung davon unterrichtet, daß sie bereit ist:

- a) darauf hinzuwirken, daß der Schleswig-Holsteinische Landtag eine Ausnahmebestimmung von der 5%-Klausel in § 3 des Schleswig-Holsteinischen Landeswahlgesetzes zu Gunsten der dänischen Minderheit baldmöglichst beschließt;
- b) die Zuschüsse für die Schulen der dänischen Minderheit in Zukunft wieder auf 80% der laufenden persönlichen und sachlichen Aufwendungen für Schüler der öffentlichen Volksschulen im Lande Schleswig-Holstein zu bemessen;
- c) gemäß Ziffer XI des Erlasses des Landesministers für Volksbildung vom 7. 3. 1950 über die Regelung des Schulwesens der dänischen Minderheit

auf Antrag die Errichtung von weiterführenden allgemeinbildenden Schulen der dänischen Minderheit mit der Möglichkeit anerkannter Examina unter der Voraussetzung der Angleichung dieser Schulen an das deutsche Schulwesen zu gewähren.

4. Die Bundesregierung gibt im Einvernehmen mit der Schleswig-Holsteinischen Landesregierung der Erwartung Ausdruck, daß alle beteiligten Stellen sich bemühen werden, die Rechte der Minderheit im Geiste der in Ziffer I genannten Erklärung zu achten und zu wahren.

- II. Die Dänische Regierung legt dem Folketing die beigefügte Erklärung über die allgemeinen Rechte der deutschen Minderheit zur Billigung vor.
2. Die Dänische Regierung wird darauf hinwir-

ken, daß § 4 des Gesetzes Nr. 412 vom 12. Juli 1946, wie durch Gesetz Nr. 214 vom 7. Juni 1952 geändert, baldmöglichst aufgehoben wird. Die Dänische Regierung ist bereit, auf Antrag die Errichtung von weiterführenden allgemeinbildenden Schulen der deutschen Minderheit mit der Möglichkeit anerkannter Examina unter der Voraussetzung der Angleichung dieser Schulen an das deutsche Schulwesen zu gewähren.

3. Die Dänische Regierung gibt der Erwartung Ausdruck, daß alle beteiligten Stellen sich bemühen werden, die Rechte der Minderheit im Geiste der in Ziffer I genannten Erklärung zu achten und zu wahren.

Beim Abschluß der deutsch-dänischen Besprechungen haben der Herr Bundeskanzler und der Herr Ministerpräsident im Namen ihrer Regierungen nachfolgende Erklärungen abgegeben:

Erklärung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland

In dem Wunsche, das friedliche Zusammenleben der Bevölkerung beiderseits der deutsch-dänischen Grenze und damit auch die Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Dänemark allgemein zu fördern

und eingedenk der völkerrechtlichen Verpflichtung, welche die Bundesrepublik durch ihre Mitgliedschaft in der Europäischen Konvention für Menschenrechte hinsichtlich der Verpflichtung zur Nichtdiskriminierung nationaler Minderheiten (Artikel 14) übernommen hat, erklärt die Regierung der Bundesrepublik Deutschland im Sinne der auch im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland festgelegten Grundsätze, auf welche die Schleswig-Holsteinische Landesregierung in ihrer Erklärung vom 26. 9. 1949 Bezug genommen hatte, folgendes:

I. Die Angehörigen der Minderheit genießen wie alle Staatsbürger die im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949 garantierten Rechte. Insbesondere haben sie im Rahmen des Grundgesetzes folgende Rechte:

1. Das Recht auf die Unverletzlichkeit der persönlichen Freiheit
2. die Gleichheit vor dem Gesetz,
3. die Glaubens- und Gewissensfreiheit,
4. das Recht der freien Meinungsäußerung und die Pressefreiheit,
5. die Versammlungs- und Vereinsfreiheit,
6. das Recht, den Beruf und den Arbeitsplatz frei zu wählen,
7. die Unverletzlichkeit der Wohnung,
8. die freie Gründung der politischen Parteien,
9. den gleichen Zugang zu dem öffentlichen Amt nach seiner Eignung, Befähigung und fachlichen Leistung; bei den Beamten, Angestellten und Arbeitern des öffentlichen Dienstes darf zwischen Angehörigen der deutschen Minderheit und anderen Staatsbürgern kein Unterschied gemacht werden,
10. das allgemeine, unmittelbare, gleiche, freie und geheime Wahlrecht, das auch für die Kommunalwahlen gilt,
11. das Recht, bei Verletzung von Rechten durch öffentliche Gewalt den Schutz der Gerichte anzurufen,
12. das Recht auf gleiche Behandlung, nach dem niemand wegen seiner Abstammung, seiner Sprache, seiner Herkunft oder seiner politischen Anschauungen benachteiligt werden darf.

II. In Ausführung dieser Rechtsgrundsätze wird hiermit festgestellt:

1. Das Bekenntnis zum dänischen Volkstum und zur dänischen Kultur ist frei und darf von Amts wegen nicht bestritten oder nachgeprüft werden.
2. Angehörige der dänischen Minderheit und ihre Organisationen dürfen am Gebrauch der gewünschten Sprache in Wort und Schrift nicht behindert werden.
- Der Gebrauch der dänischen Sprache vor den Gerichten und Verwaltungsbehörden bestimmt sich nach den diesbezüglichen gesetzlichen Vorschriften.
3. Bei Unterstützungen und sonstigen Leistungen aus öffentlichen Mitteln, über die im Rahmen des Ermessens entschieden wird, dürfen Angehörige der dänischen Minderheit gegenüber anderen Staatsbürgern nicht unterschiedlich behandelt werden.
4. Das besondere Interesse der dänischen Minderheit, ihre religiösen, kulturellen und fachlichen Verbindungen mit Dänemark zu pflegen, wird anerkannt.

III.

Die Bundesregierung gibt zur Kenntnis, daß die Landesregierung Schleswig-Holstein ihr mitgeteilt hat:

1. Da das Verhältniswahlverfahren gemäß der Kommunalgesetzgebung bei der Einsetzung von Ausschüssen in den kommunalen Vertretungskörperschaften Anwendung findet, werden die Vertreter der dänischen Minderheit zur Ausschubarbeit im Verhältnis zu ihrer Anzahl herangezogen.
2. Die Landesregierung empfiehlt, daß die dänische Minderheit im Rahmen der jeweils geltenden Regeln für die Benutzung des Rundfunks angemessen berücksichtigt wird.
3. Bei öffentlichen Bekanntmachungen sollen die Zeitungen der dänischen Minderheit angemessen berücksichtigt werden.
4. Im Lande Schleswig-Holstein können allgemeinbildende Schulen und Volkshochschulen (auch solche mit fachlicher Ausrichtung) sowie Kindergärten von der dänischen Minderheit nach Maßgabe der Gesetze errichtet werden. In Schulen mit dänischer Unterrichtssprache ist ein zureichender Unterricht in deutscher Sprache zu erteilen. Eltern und Erziehungsberechtigte können frei entscheiden, ob ihre Kinder Schulen mit dänischer Unterrichtssprache besuchen sollen.

Dänische Bekanntmachung Nr. 24 vom 7. Juni 1955 Bekanntmachung betreffend die allgemeinen Rechte der deutschen Minderheit

Der Ministerpräsident und Außenminister hat am 1. April 1955 im Namen der Regierung dem Folketing nachstehende Erklärung über die allgemeinen Rechte vorgelegt, die den zur deutschen Minderheit in den süd-jütischen Landesteilen gehörenden Personen zustehen:

In dem Wunsche, das friedliche Zusammenleben der Bevölkerung beiderseits der dänisch-deutschen Grenze und damit auch die Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zwischen dem Königreich Dänemark und der Bundesrepublik Deutschland allgemein zu fördern

und bezugnehmend auf Artikel 14 der Europäischen Konvention für Menschenrechte, gemäß welchem die durch diese Konvention anerkannten Rechte und Freiheiten sichergestellt werden sollen ohne Diskriminierung bezüglich der Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit, erklärt die Königlich Dänische Regierung zur Bestätigung der für diese Minderheit bereits geltenden Rechtsgrundsätze - wie sie auch in der vom damaligen dänischen Ministerpräsidenten Hans Hedtoft an Vertreter der deutschen Minderheit in Nordschleswig am 27. Oktober 1949 abgegebenen Erklärung (dem sogenannten Kopenhagener Vermerk) niedergelegt sind - folgendes:

I. Nach dänischem Recht - dem Grundgesetz des Königreichs Dänemark vom 5. Juni 1953 und sonstiger Gesetzgebung - genießt jeder Staatsbürger und somit auch jeder Angehörige der deutschen Minderheit ohne Rücksicht auf die von ihm benutzte Sprache folgende Rechte und Freiheiten:

1. Das Recht auf die Unverletzlichkeit der persönlichen Freiheit,
2. die Gleichheit vor dem Gesetz,
3. die Glaubens- und Gewissensfreiheit,
4. das Recht der freien Meinungsäußerung und die Pressefreiheit,
5. die Versammlungs- und Vereinsfreiheit,
6. das Recht, den Beruf und den Arbeitsplatz frei zu wählen,
7. die Unverletzlichkeit der Wohnung,
8. die freie Gründung der politischen Parteien,
9. den gleichen Zugang zu dem öffentlichen Amt nach seiner Eignung, Befähigung und fachlichen Leistung, d. h. daß bei den Beamten, Angestellten und Arbeitern des öffentlichen Dienstes zwischen Angehörigen der deutschen Minderheit und anderen Staatsbürgern kein Unterschied gemacht werden darf,

10. das allgemeine, unmittelbare, gleiche, freie und geheime Wahlrecht, das auch für die Kommunalwahlen gilt,

11. das Recht, den Schutz der Gerichte anzurufen, wenn er sich durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten als verletzt ansieht,

12. das Recht auf gleiche Behandlung, nach dem niemand wegen seiner Abstammung, seiner Sprache, seiner Herkunft oder seiner politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden darf.

II.

In Ausführung dieser Rechtsgrundsätze wird hiermit festgestellt:

1. Das Bekenntnis zum deutschen Volkstum und zur deutschen Kultur ist frei und darf von Amts wegen nicht bestritten oder nachgeprüft werden.
2. Angehörige der deutschen Minderheit und ihre Organisationen dürfen am Gebrauch der gewünschten Sprache in Wort und Schrift nicht behindert werden.
- Der Gebrauch der deutschen Sprache vor den Gerichten und Verwaltungsbehörden bestimmt sich nach den diesbezüglichen gesetzlichen Vorschriften.
6. Bei Unterstützungen und sonstigen Leistungen aus öffentlichen Mitteln, über die im Rahmen des Ermessens entschieden wird, wird keine unterschiedliche Behandlung der Angehörigen der deutschen Minderheit gegenüber anderen Staatsbürgern stattfinden.
8. Das besondere Interesse der deutschen Minderheit, ihre religiösen, kulturellen und fachlichen Verbindungen mit Deutschland zu pflegen, wird anerkannt.
4. Da das Verhältniswahlverfahren gemäß der Kommunalgesetzgebung bei der Einsetzung von Ausschüssen in den kommunalen Vertretungskörperschaften Anwendung findet, werden die Vertreter der deutschen Minderheit zur Ausschubarbeit im Verhältnis zu ihrer Anzahl herangezogen.
5. Die Dänische Regierung empfiehlt, daß die deutsche Minderheit im Rahmen der jeweils geltenden Regeln für die Benutzung des Rundfunks angemessen berücksichtigt wird.
7. Bei öffentlichen Bekanntmachungen sollen die Zeitungen der deutschen Minderheit angemessen berücksichtigt werden.
3. Allgemeinbildende Schulen und Volkshochschulen (auch mit fachlicher Ausrichtung) sowie Kindergärten können von der deutschen Minderheit gemäß dem in Dänemark geltenden Grundsatz der Unterrichtsfreiheit nach Maßgabe der Gesetze errichtet werden.

Das Folketing hat dieser Erklärung mit Beschluß vom 19. April 1955 seine Zustimmung gegeben.

Eigene Examensschulen und Aufhebung der Sondergesetze

Empfehlungen der außerordentlichen Delegiertenversammlung des Bundes deutscher Nordschleswiger in Tingleff am 26. Februar 1955 (sog. Tingleffer Empfehlungen)

1. Grundsatzklärung:

Empfohlen wird eine Erklärung für beide Minderheiten im Sinne einer Festlegung der Grundsätze, so wie sie etwa in der Kieler Erklärung, die noch zu überarbeiten wäre, enthalten sind. Die Kieler Erklärung würde demnach für die dänische Minderheit auf die Ebene Bonn verlagert und durch eine entsprechende Kopenhagener Erklärung für die deutsche Minderheit ergänzt. Dabei ist ein formeller Vertrag denkbar, aber nicht unbedingt erforderlich, weil z.B. auch sich entsprechende Grundsatzklärungen, gegebenenfalls in Verbindung mit einem Notenwechsel, ausreichend sein könnten.

2. Deutsch-dänischer Ausschuß:

Empfohlen wird die Schaffung eines deutsch-dänischen Gremiums, bestehend aus Vertretern der beteiligten Staaten und der Minderheiten, zur Klärung von Fragen, die das Leben der Minderheiten sowie die Stellung der einzelnen Minderheitenangehörigen betreffen bzw. beeinflussen. Das Gremium müßte die Möglichkeit haben, Vorschläge an die beteiligten Regierungen zu leiten.

3. Examenrecht:

Empfohlen wird die unbeschränkte Einräumung des Rechts auf Examensschulen für die Minderheiten unter den Bedingungen wie sie bis 1945 in Nordschleswig gegeben waren.

4. Abwicklung von Nachkriegsfragen:

Der Bund deutscher Nordschleswiger ist der Auffassung, daß eine Befreiung von den Nachwirkungen der Sondergesetzgebung des Jahres 1945 durch entsprechende dänische Maßnahmen ganz entscheidend für eine Befriedung und positive Entwicklung im Grenzland ist. Er weist in diesem Zusammenhang auf die Wünsche hin, die von dem deutschen Abgeordneten im Folketing in seiner Programmrede vom 15. Oktober 1953 und in seiner Rede aus Anlaß der Debatte über den Schlußbericht der Parlamentarischen Kommission am 17. Februar 1955 der dänischen Regierung und dem Folketing vorgelegt worden sind.



Bundeskanzler Konrad Adenauer und Staatsminister H.C. Hansen auf dem Flughafen Köln-Wahn (heute Köln-Bonn): Die Maschine, mit der der dänische Regierungschef nach Deutschland flog, ist heute ein Museumsstück... (Foto: Bundesbildstelle, Bonn)